

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1987

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Ausbildungsplätze im Mai 1987 Angebot und Nachfrage	181	Die sinkenden Schulabgängerzahlen führen zu einem Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Da sich das Einstellungsverhalten der Betriebe weiterhin auf hohem Niveau bewegt, wird im kommenden Ausbildungsjahr das Angebot an Lehrstellen die Nachfrage geringfügig übersteigen.
--	-----	---

Ernteberichterstattung 1987	186	Nach dem Stand der Ernteberichterstattung im Juli werden die bisherige Entwicklung der landwirtschaftlichen Kulturen, erste Ernteergebnisse und die Ertragsaussichten beschrieben.
------------------------------------	-----	--

Säuglingssterblichkeit 1950 bis 1986	189	Eine verbesserte ärztliche Versorgung, Fortschritte in der Perinatalmedizin, mehr Anstaltsentbindungen und zunehmende Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft haben zu einer erheblichen Reduzierung der Säuglingssterblichkeit geführt. Der Beitrag untersucht die Entwicklung seit 1950.
---	-----	---

Wohngeld 1986	193	Zu Beginn des Jahres 1986 trat die 6. Wohngeldnovelle in Kraft. Die wichtigen Neuerungen und die statistischen Ergebnisse werden erläutert.
----------------------	-----	---

Gewerbegründungen	199	Beträchtliche Unterschiede bei den Gewerbeanmeldungen wurden in den einzelnen Landesteilen festgestellt. Die meisten Existenzgründungen ergeben sich im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz.
--------------------------	-----	---

Dialogauskünfte im Krankenhaus- rechnungswesen	206	Die praktischen Erfahrungen beim Piloteinsatz des Dialogsystems für das Rechnungswesen im Stadtkrankenhaus Worms bestätigen, daß hierdurch die gesetzlich geforderte sparsame Wirtschaftsführung im Krankenhaus wesentlich unterstützt wird.
---	-----	--

Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt zu erwarten

Die Situation der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, hat sich in Rheinland-Pfalz 1987 leicht verbessert. Dies teilte der Präsident des Statistischen Landesamtes in Bad Ems, Dr. Karl Heinz Weis, mit. Er erläuterte die Ergebnisse von zwei Erhebungen, die im Auftrag der Landesregierung vom Statistischen Landesamt durchgeführt wurden. Mit einer Befragung der Betriebe, die unter Mitwirkung der Kammern erfolgte, wurde das voraussichtliche Angebot an Lehrstellen ermittelt. Die zu erwartende Nachfrage wurde mit Hilfe einer Befragung der Schulabgänger nach ihren Ausbildungsabsichten festgestellt.

Nach den hochgerechneten Ergebnissen der Betriebsbefragung rechnet Weis für das kommende Ausbildungsjahr mit einem Angebot von 41 500 Ausbildungsplätzen. Da in die Betriebsbefragung die Bundesbehörden und die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht einbezogen sind, kann dieses Angebot entsprechend dem Einstellungsverhalten dieser Betriebe in den vergangenen Jahren um weitere 750 Ausbildungsplätze erhöht werden. Da auch mit erweiterten Ausbildungsanstrengungen der Betriebe zwischen Mai und September zu rechnen ist, muß das Ergebnis der Betriebsbefragung noch um 250 Plätze erhöht werden, so daß mit einem Gesamtangebot von 42 500 Ausbildungsstellen gerechnet werden kann.

Damit liegen nach den Berechnungen der Bad Emser Statistiker die für 1987 geplanten Neueinstellungen um 700 über dem Ausbildungsangebot von 1986 mit 41 800 Stellen.

Diesem Angebot steht eine im Vergleich zum Vorjahr verminderte Nachfrage gegenüber, die auf die sinkenden Schulabgängerzahlen zurückzuführen ist. Nach den vom statistischen Wert hochgerechneten Ergebnissen der Schulabgängerbefragung, die noch um die Zahl von etwas über 6 000 Altbewerbern (Schulabgänger früherer Jahre), Bewerbern, die eine zweite Ausbildung im dualen System anstreben und Wehrpflichtige, die nach der Bundeswehr- bzw. Ersatzdienstzeit eine Lehre anstreben wollen, ergänzt werden müssen, werden rund 40 000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz nachfragen.

Damit liegt in diesem Jahr die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze über der Zahl der Lehrstellensuchenden. Allerdings gibt es, so Präsident Dr. Weis, – wenn auch bei insgesamt günstiger Lage – weiterhin regionale, berufs- und geschlechtsspezifische Pro-

bleme bei der Versorgung von Schulabgängern mit Lehrstellen. Nach wie vor haben Mädchen mehr Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden, als Jungen. Und auch Sonderschulabgänger sowie Abgänger aus dem Berufsgrundschuljahr/Sonderberufsgrundschuljahr sind weiterhin schwer zu vermitteln. Unabhängig davon ist in einzelnen Landesteilen – dies gilt insbesondere für die Arbeitsamtsbezirke Trier und Pirmasens – die Ausbildungsplatzsituation insgesamt noch nicht gleichermaßen entspannt wie im Landesdurchschnitt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 181

Zwei von drei Abiturienten wollen studieren

Von den Anfang des Jahres 1987 befragten 14 663 Abiturienten und Schülern in Abschlußklassen der Fachoberschulen gaben 68 % (9 910) an, unmittelbar nach dem Erwerb der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife oder zu einem späteren Zeitpunkt studieren zu wollen. Der Anteil der Studienwilligen lag damit genau so hoch wie im Vorjahr. Knapp 38 % (3 746) der Studienwilligen sind Frauen. Ihr Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozentpunkt zurückgegangen.

Die Zahl der Abiturienten, die nicht studieren wollen, sank von 18 % im Jahre 1986 auf 15 % im Jahre 1987. Dagegen erhöhte sich der Kreis der Unentschlossenen von 14 auf knapp 18 %. Hier kann jedoch davon ausgegangen werden, daß sich ein erheblicher Anteil dieses Personenkreises noch zu einem Studium entschließt.

Der Anteil der männlichen Studienwilligen lag mit 75 % erneut erheblich über dem der weiblichen (58 %). Die niedrigste Quote mit 43 % verzeichnen die Fachoberschülerinnen. Im Vorjahr wollte noch jede zweite von ihnen ein Studium aufnehmen. Allerdings ist bei ihnen der Anteil der Unentschlossenen mit 36 % (Vorjahr 23 %) besonders hoch.

Von den Studienwilligen wollen 58 % (5 715) an einer Universität und 42 % (3 959) an einer Fachhochschule studieren. Ein Studium im Bereich Ingenieurwissenschaften rangiert mit rund 28 % an erster Stelle, gefolgt von den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (24 %), Mathematik und Naturwissenschaften (16 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (12 %) und Kunst und Kunstwissenschaften (8 %). Knapp 6 % wollen Medizin, 4 % Agrarwissenschaften und 1 % Sport studieren. 2 % konnten sich noch nicht für ein Fach entscheiden.

Erstmals seit 1982 hat die Zahl und der Anteil derer, die ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen, wieder zugenommen. 402 Studienwillige oder 4,1 % gaben an, sich für einen Lehramtsstudiengang entschieden zu haben. we

Säuglingssterblichkeit deutlich reduziert

Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 37 181 Kinder lebend geboren. Im gleichen Jahr starben 327 Säuglinge vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres, und zwar 187 Knaben und 140 Mädchen. In den ersten sieben Lebenstagen starben 122 Säuglinge, in den ersten 28 Lebenstagen waren es 172. Von den Neugeborenen überlebten 81, also jedes vierte der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, nicht die ersten 24 Stunden nach der Geburt.

Betrachtet man die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit ab 1950, so ist ein drastischer Rückgang bei insgesamt rückläufiger Geburtenhäufigkeit festzustellen. Während 1950 noch 2 950 Säuglinge im ersten Lebensjahr verstarben, waren es 1986 über 2 600 Säuglingssterbefälle weniger. Dementsprechend verringerte sich die Säuglingssterbeziffer (im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene) von 52,8 auf 8,9. di

Mehr über dieses Thema auf Seite 189

Erträge und Aussichten für das Erntejahr 1987

Nach dem Stand der Ertragsschätzungen im Juli und unter Berücksichtigung einer um 3,2 % geringeren Getreideanbaufläche wird die Getreideernte das Vorjahresergebnis von 1,49 Mill. t voraussichtlich nicht erreichen.

Die Rapsernte hingegen müßte bei etwas geringerer Flächenleistung und einer Ausweitung der Anbaufläche um 70 % schätzungsweise 60 % höher liegen als 1986.

Ertragseinbußen sind insbesondere bei wärmeliebenden Gemüsearten und beim Mais zu erwarten. Die klimatisch weniger anspruchsvollen Kohlarten lieferten dagegen bisher gute Erträge.

Gedämpfte Ernteaussichten bestehen bei Äpfeln und insbesondere Pflaumen und Zwetschen, während die Kirschbäume gut trugen. Allerdings kam bei den frühen Sorten aufgrund von Qualitätsmängeln nicht alles zur Ernte.

Beim Wein sind durch mittlere bis schwache Verrieselungsschäden gewisse Mengeneinbußen zu erwarten, so daß anfängliche Erwartungen eines quantitativ großen Jahrgangs zurückzunehmen sind. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 186

System der Umweltstatistiken

Wichtige Voraussetzung für eine aktive Umweltvorsorge und eine vorausschauende Umweltgestaltung bilden zuverlässige und zeitnahe Informationen. Die amtliche Statistik stellt eine Vielzahl von Grunddaten bereit, aus denen sich Bezugsgrößen zu umweltbezogenen Sachverhalten ermitteln lassen.

Die weiterreichende Erfassung von Merkmalen zur Darstellung und Analyse der Umweltverhältnisse wurde der amtlichen Statistik mit dem Gesetz über die Umweltstatistiken vom 15. August 1974 als eigenständige Aufgabe übertragen. Schwerpunkte der umweltstatistischen Erhebungen bilden die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, das Abfallaufkommen und dessen Entsorgung, die Umweltschutzinvestitionen sowie die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Die geplante Novellierung des Umweltstatistikgesetzes sieht eine Erweiterung des Erhebungsspektrums um Statistiken über Luftverunreinigungen und die Produktion umweltrelevanter Güter vor. wz

Dialogauskünfte im Krankenhausrechnungswesen

Im Rahmen der Krankenhausautomation können die kommunalen und staatlichen Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz seit 1986 auf alle Daten ihres betrieblichen Rechnungswesens im Dialog direkt zugreifen. Dadurch verfügen die diesem Dialogauskunftssystem angeschlossenen Krankenhäuser über aktuellere Daten, die kurzfristige Kostenkontrolle wird wesentlich verbessert, ad hoc benötigte Auswertungen stehen schneller zur Verfügung und die Sachbearbeiter werden von der Bearbeitung umfangreicher Listen entlastet.

Beim Piloteinsatz des Dialogauskunftssystems im Stadtkrankenhaus Worms haben sich diese Vorteile in der Praxis voll bestätigt. Das Krankenhaus kann damit den gestiegenen Anforderungen an ein aktuelles und aussagefähiges Rechnungswesen, wie sie sich aus der neuen Bundespflegesatzverordnung ergeben, besser gerecht werden. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 206

Ausbildungsplätze im Mai 1987 – Angebot und Nachfrage

Am Ausbildungsstellenmarkt zeichnet sich insgesamt gesehen deutlich eine Entspannung ab. Die rückläufigen Schulabgängerzahlen führen zu einer sinkenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Da sich gleichzeitig das Einstellungsverhalten der Betriebe weiterhin auf hohem Niveau bewegt, ist für das Ausbildungsjahr 1987/88 mit einem zahlenmäßigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt zu rechnen bzw. sogar mit einem die Nachfrage übersteigenden Angebot an Ausbildungsplätzen.

In Rheinland-Pfalz werden Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage seit 1976 im Mai jeden Jahres ermittelt. Damals war abzusehen, daß mit wachsenden Schulabgängerzahlen Engpässe bei der Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsstellen entstehen. Um möglichst vor Beginn des Ausbildungsjahres im August/September einen Überblick zu erhalten und damit noch gezielt Maßnahmen zur Beseitigung besonderer Probleme ergreifen zu können, hat die Landesregierung zwei Erhebungen in Auftrag gegeben, mit deren Ergebnissen eine zeitnahe Beobachtung der Situation möglich wurde. Das zu erwartende Angebot an Ausbildungsplätzen wird seither jährlich im Mai im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr über die Kammern bzw. die für die Berufsbildung zuständigen Stellen mit einer Befragung der Betriebe festgestellt, während die voraussichtliche Nachfrage zum selben Zeitpunkt im Auftrag des Kultusministeriums mit einer Befragung der Schulabgänger ermittelt wird. Die Betriebsbefragung erfolgt auf freiwilliger Basis. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese freiwillige Befragung, die sich in Zeiten der Ausbildungsplatznot bewährt hat, eingestellt wird, sobald das Ausbildungsplatzdefizit abgebaut ist, was möglicherweise bereits 1988 der Fall sein wird.

Die Ergebnisse beider Befragungen spiegeln die Planungen der Betriebe und der Schulabgänger wider. Sie können nicht exakt über die zu erwartende Situation Auskunft geben. Eine Reihe der Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung dieser Daten und ihrer Verwendung zu Aussagen über Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage sind inzwischen bekannt, weshalb seit einigen Jahren die Ergebnisse beider Erhebungen ergänzt werden. Vergleicht man die so gewonnenen Planungsgrößen mit den Ist-Werten, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung jährlich zum 30. September erfragt und jeweils im Frühjahr des darauffolgenden Jahres veröffentlicht werden, so zeigten sich in den zurückliegenden Jahren nur geringfügige Abweichungen zwischen den prognostizierten Werten vom Mai und den Ist-Daten vom September.

Rücklaufquote noch höher als im Vorjahr

Im Mai 1987 wurde zum zwölften Mal bei den rheinland-pfälzischen Betrieben auf freiwilliger Basis danach gefragt, wieviel Neueinstellungen für das kommende Ausbildungsjahr geplant sind und wieviele der Ausbildungsplätze zum Befragungszeitpunkt bereits fest zugesagt waren. Gefragt wurde auch nach der Zahl der Auszubildenden zum 31. Dezember 1986 sowie nach der Zahl der Neueinstellungen 1986 und den 1987 voraussichtlich endenden Ausbildungsverhältnissen. Einbezogen in diese Befragung waren alle Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (Industrie, Handel, Handwerk), der Landwirtschaft, der freien Berufe und der Hauswirtschaft sowie die Dienststellen des öffentlichen Dienstes mit Ausnahme der Bundesbehörden und den der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Die Erhebungsbogen wurden den Betrieben vom Statistischen Landesamt über die Kammern bzw. die für die Berufsbildung zuständigen Stellen zugeleitet.

Entgegen der Annahme, daß nach zwölf Jahren der Durchführung der auf freiwilliger Basis erfolgenden Betriebsbefragung eine gewisse Berichtsmüdigkeit einsetzen könnte und trotz der relativ kurzen Fristen war die Rücklaufquote 1987 erfreulich hoch. Gemessen an der Gesamtzahl aller Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember 1986 lag sie bei 57,5 % und damit um mehr als 4 % höher als im Vorjahr.

Auf der Basis der Zahl der Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember 1986 wurden die bei der Betriebsbefragung ermittelten Daten je Kammer und für die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz (zuständige Stelle für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst und in der Hauswirtschaft) hochgerechnet.

Mehr Neueinstellungen als im Vorjahr geplant

Als Ergebnis dieser Hochrechnung wurde festgestellt, daß die rheinland-pfälzischen Betriebe planen, im Ausbildungsjahr 1987/88 rund 41 500 Auszubildende neu einzustellen. Dieser Planungswert liegt um 700 höher als im Vorjahr. Da in die Betriebsbefragung die Bundesbehörden und die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht einbezogen sind, muß der ermittelte Planungswert um das dort zu erwartende Angebot erhöht werden. Entsprechend dem Einstellungsverhalten dieser Dienststellen in den Vorjahren werden hier 750 geplante Neueinstellungen für 1987/88

angenommen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, daß die Betriebe in der Zeit von Mai bis September 1987 weitere 250 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen werden, so daß insgesamt für 1987/88 mit einem Angebot an Ausbildungsplätzen von 42 500 gerechnet wird.

Damit läge das Angebot an Ausbildungsstellen 1987 um etwa 700 über dem tatsächlichen Angebot im Vorjahr. Laut Berufsbildungsbericht ¹⁾ lag das Ausbildungsplatzangebot 1986 bei 41 800. Es wird ermittelt aus der Zahl der innerhalb eines Ausbildungsjahres neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze, die zum 30. September des Berichtsjahres nicht besetzt waren.

Mit den Einstellungsabsichten für 1987 planen die Betriebe in Rheinland-Pfalz nicht nur, die Zahl der Lehrstellen gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht auszuweiten; sie wollen damit auch mehr Auszubildende einstellen als Lehrstellen frei werden. Denn 1987 werden voraussichtlich 36 200 Auszubildende ihre Lehre beenden. Gemessen an den Ergebnissen der Betriebsbefragung über die geplanten Neueinstellungen sind damit 5 300 Einstellungen zusätzlich geplant.

1) Berufsbildungsbericht 1987. Herausgeber: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1987.

Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage
1976 – 1987

Jahr	Ausbildungsplatzangebot		Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relation ¹⁾
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	
1976	30 013	-	30 803	-	97,4
1977	37 012	23,3	37 622	22,1	98,3
1978	39 415	6,5	40 753	8,3	96,7
1979	43 382	10,1	43 467	6,7	99,8
1980	43 758	0,9	43 162	- 0,7	101,4
1981	40 166	- 8,2	40 819	- 5,4	98,4
1982	39 962	- 0,5	41 711	2,2	95,8
1983	42 968	7,5	45 013	7,9	95,5
1984	44 290	3,1	46 612	3,6	95,0
1985	43 501	- 1,8	45 172	- 3,1	96,3
1986	41 796	- 3,9	42 161	- 6,7	99,1
1987 (Prognose)	42 500	1,7	40 000	- 5,1	106,3

1) Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze pro 100 Ausbildungsplatzsuchenden.

Quelle: 1976 – 1986 Statistik gemäß § 3 Abs. 2 des Berufsbildungsförderungsgesetzes zum 30. 9. des Bundesinstitutes für Berufsbildung; 1987 Ergebnis der Betriebsbefragung vom Mai 1987 einschl. geschätzter Zahl der Ausbildungsplätze beim Bund und Fortschreibung des Gesamtangebots von Mai bis September 1987 sowie hochgerechnete Ergebnisse der Schulabgängerbefragung vom Mai 1987 einschl. Altbewerbern.

Weitere Indikatoren für eine Verbesserung

Daß sich am Ausbildungsstellenmarkt die Situation für die Lehrstellensuchenden allmählich verbessert, ist nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung auch daran erkennbar, daß die Zahl der 1986 angebotenen, aber bis zum 31. Dezember nicht besetzten Stellen bei 4 200 lag. Im Vorjahr konnten bis 31. Dezember nur 3 700 Stellen nicht besetzt werden. Angebotene, aber nicht besetzte Stellen wurden vor allem im Bereich der Handwerkskammern und der Landwirtschaftskammer ermittelt.

Ein Indikator für die Verbesserung der Situation ist auch die Zahl der Lehrstellen, die für das Ausbildungsjahr angeboten werden, aber im Mai noch nicht besetzt waren. Die Zahl der offenen Stellen bezifferte sich nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung 1987 auf 12 500 (1986 auf knapp 12 000) und ist damit seit 1983 (9 100) kontinuierlich angestiegen.

Auf eine positive Entwicklung weisen auch die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung hin. Hier war allerdings die Ermittlung von Vergleichsdaten mit den Vorjahreszahlen und mit den Ergebnissen der Betriebsbefragung etwas problematisch. Die Anordnung zur Durchführung der „Schülerbefragung zur Ermittlung der Nachfrage nach Ausbildungsstellen im Schuljahr 1986/87“, die vom rheinland-pfälzischen Kultusministerium im April 1987 erlassen wurde, sah vor, in diese Befragung einzubeziehen die Schüler der Abschlußklassen der Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen, Integrierten Gesamtschulen (ohne Jahrgangsstufe 13), Berufsfachschulen mit qualifiziertem Sekundarabschluß I, höheren Berufsfachschulen sowie der Klassen des Berufsgrundschuljahres und des Sonderberufsbereitungsjahres der berufsbildenden Schulen, außerdem die Schüler, die nach Abschluß der Klassenstufe 8 der Hauptschule sowie der Klassenstufe 9 oder 10 der Realschule und des Gymnasiums die Schule verlassen. Dabei waren alle öffentlichen Schulen und die privaten Ersatzschulen in freier Trägerschaft zu berücksichtigen.

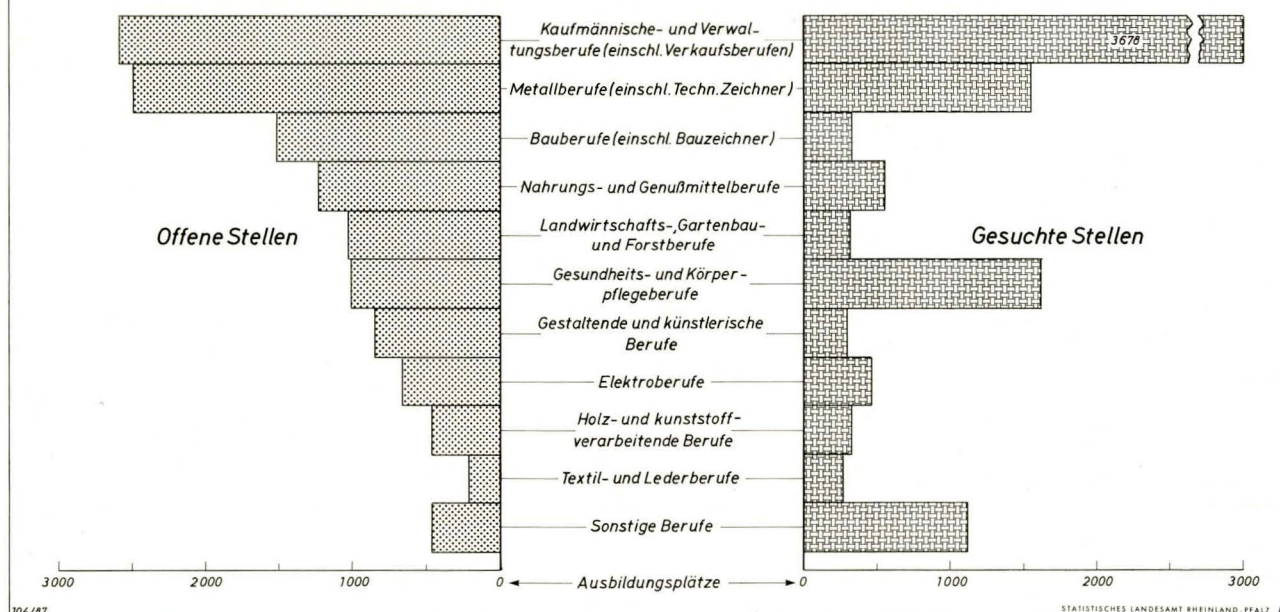
Damit war der Kreis der Berichtspflichtigen gegenüber dem Vorjahr geändert. Nicht mehr erfaßt wurden die Schüler im Sekundarbereich II, insbesondere die Abiturienten an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und beruflichen Gymnasien und auch die Schüler in SO-(Sonderberufsschulklassen) und OB-(Fachklassen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag) Klassen in der Grundstufe der Berufsschulen sowie die Schüler an privaten Ergänzungsschulen.

Fragenkatalog unverändert

Dagegen wurde der Fragenkatalog gegenüber dem Vorjahr beibehalten. Auch 1987 wurden die voraussichtlichen Schulabgänger befragt über

- eine bereits gesicherte oder noch angestrebte Ausbildungsstelle in einem Betrieb oder im öffentlichen Dienst,
- eine bereits gesicherte oder noch angestrebte Arbeitsstelle,

Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Mai 1987



- eine bereits zugesagte oder angestrebte Tätigkeit bei der Bundeswehr/Bundesgrenzschutz bzw. im Ersatzdienst,
- eine sich unmittelbar an die Schule anschließende weitere Ausbildung an einer Schule oder Hochschule,
- den angestrebten Ausbildungsplatz nach Berufsgruppe.

Die Differenzierung erfolgte nach Schulart, Klassenstufe und Geschlecht.

Um trotz des veränderten Kreises der Berichtspflichtigen die Daten der Schulabgängerbefragung 1987 mit den Vorjahresdaten und den Daten der Betriebsbefragung vergleichen zu können, wurden die Werte für die 1987 nicht erfaßten Schulabgänger geschätzt. Dafür wurden die Schülerzahlen in den betroffenen Schularten und Klassenstufen aus der Schulstatistik 1986/87 zugrundegelegt. Für das Verhalten der Abiturienten konnten die Ergebnisse der Statistik über die Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1987 mit herangezogen werden, die für Rheinland-Pfalz eine nahezu unveränderte Studienneigung der Abiturienten ermittelte. Allerdings war der Anteil der Unentschlossenen relativ stark angestiegen, der Anteil derer, die überhaupt nicht studieren wollten, war dagegen gesunken. Entsprechend diesen Ergebnissen wurde unterstellt, daß die Abiturienten des Schuljahres 1987 etwa in gleichem Umfang als Lehrstellensuchende auftreten werden wie im Vorjahr. Für die übrigen nicht in die Erhebung einbezogenen Schulabgängergruppen wurde angenommen, daß sie sich 1987 ebenso verhielten wie die vergleichbaren Gruppen, die 1987 mit in die Befragung einbezogen waren.

Da mit der Schulabgängerbefragung nur diejenigen potentiellen Ausbildungsplatzbewerber erreicht wer-

den, die noch im Schulbereich sind – also nicht mehr die Schulabgänger früherer Jahre, die noch immer eine Lehrstelle suchen –, muß die mit der Schulabgängerbefragung ermittelte Zahl von Lehrstellensuchenden ergänzt werden um die Zahl dieser „Altbewerber“. Hinzugerechnet werden müssen auch die Jugendlichen, die nach abgebrochener Lehre erneut als Ausbildungsplatzsuchende auftreten, sowie diejenigen, die eine zweite Ausbildung im dualen System absolvieren wollen. Darüber hinaus muß auch mit Wehrpflichtigen gerechnet werden, die nach ihrer Bundeswehr- bzw. Ersatzdienstzeit in eine Lehre gehen wollen.

Nachfrage niedriger als Angebot

Die Schulabgängerbefragung ergab, daß im Mai 1987 rund 29 000 der zu erwartenden Schulabgänger einen Ausbildungsplatz anstrebten. Ergänzt um die geschätzte Zahl von 4 800 lehrstellensuchenden Schulabgängern, die wegen der Änderung des Berichtskreises nicht in die Erhebung einbezogen waren (insbesondere Abiturienten), ergibt sich eine Nachfrage nach 33 800 Ausbildungsplätzen. Zusammen mit dem ebenfalls geschätzten Wert von etwas über 6 000 im Schulbereich nicht zu erreichenden Lehrstellenbewerbern wird damit die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bei rund 40 000 liegen.

Somit stehen dem Angebot von 42 500 Ausbildungsplätzen 40 000 Jugendliche gegenüber, die einen Ausbildungsberuf nachfragen. Die Angebots-Nachfrage-Relation, die sich aus der Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze je 100 Nachfragern errechnet, zeigt damit eine deutliche positive Entwicklung an.

Doch nicht nur die Gegenüberstellung mit den Daten aus der Betriebsbefragung lassen die allmählich einsetzende Entspannung am Lehrstellenmarkt aus der Schulabgängerbefragung erkennen. Auch die isolierte

Betrachtung der Ergebnisse weist auf die einsetzende Trendwende hin: Weniger Schulabgänger (60 500 gegenüber 65 900 im Vorjahr) führten zu einer reduzierten Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (von 36 500 im Vorjahr auf 33 800 im Mai 1987). Obwohl die Zahl der Nachfrager um 2 700 zurückging, hatten fast ebenso viele Schulabgänger wie im Vorjahr bis zum Mai bereits eine Lehrstelle gefunden: 23 250 Schulabgänger hatten im Mai 1987 einen gesicherten Ausbildungsplatz; im Vorjahr waren es zum gleichen Zeitpunkt 23 980 Schulabgänger. Damit haben sich Zahl und Anteil der zum Befragungszeitpunkt noch unversorgten Lehrstellenbewerber gegenüber dem Vorjahr vermindert. 10 600 Schulabgänger und damit 31,3 % der Nachfrager nach Ausbildungsstellen hatten bis Mai noch keine Lehrherren gefunden (1986: 12 500 oder 34,3 % und 1983: 15 900 oder 37,1 %).

Damit lag im Mai 1987 erstmals seit 1980 die Zahl der laut Betriebsbefragung noch offenen Stellen wieder höher als die Zahl der nach den Ergebnissen der Schulabgängerbefragung noch gesuchten Stellen.

Doch nach diesem für die Lehrstellensuchenden global gesehen sehr positiven Ergebnis sind die Probleme am Ausbildungsstellenmarkt nicht bewältigt. Denn während die Zahl der offenen Stellen in einigen Berufsgruppen wie Metallberufen, Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufen, Nahrungs- und Genußmittelberufen und insbesondere bei Bauberufen die Zahl der gesuchten Stellen noch mehr übersteigt als in den Vorjahren, besteht weiterhin ein Nachfrageüberhang bei kaufmännischen und Verwaltungsberufen, Gesundheits- und Körperpflegeberufen, Hotel- und Gaststättenberufen und bei Hauswirtschaftsberufen. Allerdings hat sich bei diesen Berufsgruppen der Nachfrageüberhang gegenüber den Vorjahren vermindert. Interessant ist, daß bei Elektroberufen die Zahl der gesuchten Stellen bis 1986 höher lag als die der offenen Stellen, während 1987 rund 660 offenen Ausbildungsplätzen nur noch 470 Nachfrager gegenüberstehen.

Regional unterschiedlicher Versorgungsgrad

Nicht nur die Tatsache, daß in vielen Berufen die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen weiterhin nicht befriedigt werden kann, weist darauf hin, daß trotz der leichten Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt weiterhin Probleme bestehen. So sind auch wie bisher die regionalen Unterschiede in der Versorgung von lehrstellensuchenden Schulabgängern mit Ausbildungsplätzen teilweise gravierend. Während im Arbeitsamtsbereich Montabaur im Mai 78 % aller Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchten, bereits eine Lehrstelle gefunden hatten (Vorjahr 72 %), im Arbeitsamtsbereich Neuwied 74 % (Vorjahr 68 %), im Arbeitsamtsbereich Mainz 72 % (70 %) und in Ludwigshafen 71 % (68 %), war der Versorgungsgrad in anderen Arbeitsamtsbezirken wesentlich ungünstiger. Nach den hochgerechneten Ergebnissen der Schulabgängerbefragung lag er beispielsweise im Arbeitsamtsbezirk Trier bei nur 61 % (Vorjahr 57 %) und in Pirmasens bei 63 % (58 %).

Auch auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Den höchsten Versorgungsgrad wiesen die Landkreise Ludwigshafen (83 %), Mainz-Bingen (81 %), der Westerwaldkreis (79 %) und der Rhein-Lahn-Kreis (77 %) aus. Dagegen hatten von den befragten Schulabgängern, die eine Lehrstelle nachfragten, in der Stadt Trier erst 52 % einen Ausbildungsplatz gefunden. Trier weist damit die ungünstigste Situation aus (Landesdurchschnitt 69 %), gefolgt von den kreisfreien Städten Zweibrücken (57 %) und Kaiserslautern (60 %).

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Der Abstand zwischen Jungen und Mädchen bei der Versorgung mit Ausbildungsstellen ist 1987 noch weiter gewachsen. Während sich die Ausbildungsplatzsitua-

Ausbildungsabsichten und Ausbildungsplatzsituation der Entlaßschüler nach Arbeitsamtsbezirken 1987¹⁾

Arbeitsamtsbezirk	Befragte Entlaß- schüler insgesamt	von diesen streben eine berufl. Ausbildung im dualen System an		
		zusammen	mit ge- sichertem Aus- bildungs- platz	noch ohne Aus- bildungs- platz
Insgesamt				
Bad Kreuznach	4 933	2 685	65,8	34,2
Kaiserslautern	5 605	3 156	65,5	34,5
Koblenz	4 663	2 508	68,5	31,5
Ludwigshafen	6 308	3 642	71,1	28,9
Mainz	8 013	4 463	72,1	27,9
Mayen	3 679	2 059	69,7	30,3
Montabaur	4 642	2 512	77,8	22,2
Neustadt a.d. Weinstr.	5 609	3 396	69,6	30,4
Neuwied	4 900	2 712	73,8	26,2
Pirmasens	3 184	1 645	62,9	37,1
Trier	8 976	5 070	61,1	38,9
I n s g e s a m t	60 512	33 848	68,7	31,3
Männlich				
Bad Kreuznach	2 401	1 355	74,0	26,0
Kaiserslautern	2 545	1 505	77,6	22,4
Koblenz	2 227	1 221	72,7	27,3
Ludwigshafen	2 921	1 722	77,4	22,6
Mainz	3 789	2 157	76,4	23,6
Mayen	1 793	1 037	74,5	25,5
Montabaur	2 343	1 304	84,7	15,3
Neustadt a.d. Weinstr.	2 690	1 672	77,4	22,6
Neuwied	2 458	1 438	78,5	21,5
Pirmasens	1 533	803	71,0	29,0
Trier	4 223	2 509	70,3	29,7
Z u s a m m e n	28 923	16 723	75,8	24,2
Weiblich				
Bad Kreuznach	2 532	1 330	57,5	42,5
Kaiserslautern	3 060	1 651	54,4	45,6
Koblenz	2 436	1 287	64,4	35,6
Ludwigshafen	3 387	1 920	65,4	34,6
Mainz	4 224	2 306	68,1	31,9
Mayen	1 886	1 022	64,8	35,2
Montabaur	2 299	1 208	70,4	29,6
Neustadt a.d. Weinstr.	2 919	1 724	62,1	37,9
Neuwied	2 442	1 274	68,5	31,5
Pirmasens	1 651	842	55,1	44,9
Trier	4 753	2 561	52,1	47,9
Z u s a m m e n	31 589	17 125	61,7	38,3

1) Hochgerechnete Ergebnisse.

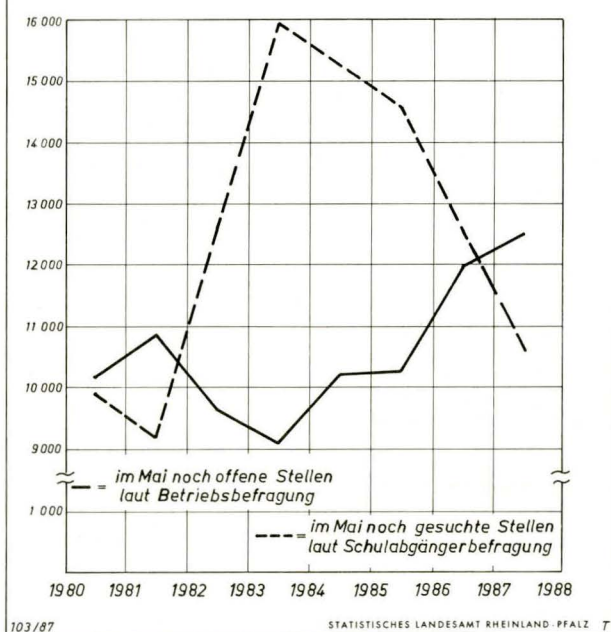
tion bei den von den Jungen vor allem bevorzugten gewerblich-technischen Berufen deutlich entspannt hat, übersteigt die Nachfrage in den kaufmännischen und Verwaltungsberufen sowie Dienstleistungsberufen das Ausbildungsplatzangebot noch immer. 1986 waren im Mai 72 % aller befragten Jungen, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, mit einem Ausbildungsplatz versorgt, bei den Mädchen waren es nur 59 %. Im Mai 1987 hatte sich die Situation der Jungen gegenüber dem Vorjahr deutlicher verbessert als die der Mädchen: 76 % der lehrstellensuchenden Jungen (nach Hochrechnung) hatten einen gesicherten Ausbildungsplatz (+ 3,7 %), bei den Mädchen waren es nur 62 % (+ 2,7 %).

Dabei bevorzugten Mädchen offensichtlich eine weiterführende schulische Ausbildung. Von den 24 200 mit der Schulabgängerbefragung erreichten Mädchen wollten nur 58 % in eine Ausbildung im dualen System, von den 22 300 befragten Jungen dagegen 68 %. Jedoch wollten 36 % der Mädchen, aber nur 25 % der Jungen nach ihrem Schulabschluß in eine weitere schulische Ausbildung eintreten. Von den 19 900 befragten Entlassschülern aus Hauptschulen strebten 66 % der Jungen, aber nur 40 % der Mädchen eine Lehre an. Mehr als die Hälfte der befragten Mädchen (58 %) wollte weiter zur Schule gehen, von den Jungen weniger als ein Drittel (31 %). Auch bei den 9 800 Realschulabsolventen und -absolventinnen zeigen sich – wenn auch bei weitem nicht so deutlich – starke geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Ausbildungsabsichten. Hier wollten im Mai 69 % der Jungen und 62 % der Mädchen eine Lehre antreten, 34 % der Mädchen und 23 % der Jungen beabsichtigten, weiter zur Schule zu gehen. Bei den übrigen Gruppen von Schulabgängern, die zahlenmäßig nicht sehr stark ins Gewicht fallen, zeigten sich derart unterschiedliche Verhaltensweisen nicht ganz so deutlich, mit Ausnahme der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I von Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen. In dieser Gruppe (1 720 Schulabgänger) hatten im Mai 76 % der Jungen und nur 62 % der Mädchen eine Lehre als Ziel; 16 % der Jungen und 33 % der Mädchen wollten weiterhin zur Schule gehen.

Schulartspezifische Unterschiede

Wie schon in den vergangenen Jahren zeigte sich bei den Ergebnissen der Schulabgängerbefragung wieder, daß die Art der besuchten Schule bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz eine große Rolle spielt. So haben nach wie vor die Entlassschüler aus Realschulen und der Sekundarstufe I der Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen die wenigsten Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Von denjenigen, die sich für eine Lehre entschieden hatten, suchten bei den Realschulabgängern zum Befragungszeitpunkt nur noch 17 % einen Ausbildungsplatz, von den Abgängern aus der Sekundarstufe I von Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen 21 %. Auch Hauptschulabsolventen waren relativ gut versorgt. Nur noch gut ein Viertel der Schüler mit Ausbildungsabsicht im dualen System hatte im Mai noch keinen gesicherten Ausbildungsplatz.

Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Mai 1980–1987



Dagegen hat sich die Situation für Abgänger aus dem Berufsgrundschuljahr / Sonderberufsgrundschuljahr gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verbessert. Hier waren im Mai 54 % der Ausbildungswilligen ohne Lehrstelle. Profitiert von der leichten Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt haben die Schulabgänger aus Sonderschulen. Waren vor einem Jahr im Mai noch 46 %, 1984 sogar 58 % der Ausbildungsplatzsuchenden noch ohne Vertrag, so lag dieser Prozentsatz 1987 nur noch bei knapp 42 %. Der Rückgang dieser Quote zwischen 1983 und 1987 war damit bei den Sonderschulabgängern am stärksten (Hauptschulabsolventen: von 33 % in 1983 auf 26 % in 1987), aber auch 1987 im Vergleich zu 1986 ebenfalls noch sehr beachtlich. Trotz dieser positiven Entwicklung darf nicht übersehen werden, daß die Sonderschulabgänger weiterhin eine Problemgruppe am Ausbildungsplatzmarkt sind. Denn eine Quote von 42 % im Mai noch unversorgten Lehrstellenbewerbern ist sehr hoch.

Die bestehenden schulart- und geschlechtsspezifischen sowie regionalen Unterschiede bei der Versorgung von Schulabgängern mit Ausbildungsplätzen zeigen, daß mit dem 1987 erreichten globalen, rein zahlenmäßigen Ausgleich die Schwierigkeiten für viele Ausbildungsplatzbewerber nicht beseitigt sind. Doch der für die Lehrstellensuchenden positive Trend am Ausbildungsplatzmarkt aufgrund der zurückgehenden Schulabgängerzahlen und der weiterhin hohen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ist nicht zu übersehen. Schon jetzt ist abzusehen, daß mit der rückläufigen Entwicklung der Schulabgängerzahlen der Bedarf an Auszubildenden in einigen Regionen und für einige Berufe nicht mehr gedeckt werden kann.

Diplom-Volkswirtin Gertraud Kernich-Möhringer

Ernteberichterstattung 1987

– Bisherige Ergebnisse und Aussichten –

Ein harter, langer Winter, die Monate Mai und Juni kühl und naß – das sind die herausragenden Charakteristika der diesjährigen Witterungsbedingungen für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kulturen. Je nach den klimatischen Ansprüchen der einzelnen Kulturarten und ihrer Hauptvegetationszeit sind die bisherigen Ernteergebnisse und die Ernteaussichten unterschiedlich. Zum Teil wird zwar bei einigen Fruchtarten ein hoher Ertrag erzielbar sein, jedoch wird man bei anhaltend schlechten Wetterverhältnissen auch mit nennenswerten Ernte- und Qualitätsverlusten rechnen müssen.

Weit entwickelt in den Winter

Durch die trockene und milde Witterung bis weit in den Oktober hinein ging die Bestellung von Wintergetreide zügig vonstatten. Mit dem Übergang zu einem niederschlagsreichen und kühleren Herbstwetter in der letzten Oktoberdekade verschlechterten sich zwar die Bedingungen für noch ausstehende Bestellarbeiten, sie ermöglichten jedoch ein rasches und gleichmäßiges Auflaufen der Saaten. Bereits aufgelaufene Bestände konnten sich zügig weiterentwickeln. Auch für spät bestellte Weizenflächen bestanden im November durch ausreichende Bodenfeuchte und eine relativ warme Krume gute Voraussetzungen für einen zügigen Aufgang. Selbst Mitte November zeigten die Winterungen bei hohen Bodentemperaturen, anders als im Vorjahr mit seinem frühen Wintereinbruch, noch ein sichtbares Wachstum. Vielleicht zu weit entwickelt gingen manche Fruchtarten, so der Raps, mit schon deutlichem Längenwachstum in den Winter.

Frostschäden blieben nicht aus

Im Januar fror ab, was über die Schneedecke herausragte. Schäden in schneearmen Regionen blieben zudem bei den extremen Temperaturen dieses Winters und auch aufgrund der Wechselfröste des Spät winters nicht aus. Diese zeigten sich insbesondere bei den empfindlicheren Fruchtarten wie Wintergerste und Winterraps auf gut 7 bzw. fast 5 % der Aussaatfläche und lagen damit deutlich höher als im Vorjahr. Selbst der Winterweizen war vergleichsweise stärker betroffen als 1986. Der Roggen allerdings – gut gewappnet gegen Minusgrade – bewährte sich in diesem Winter.

Auch Frostschäden an den Reben traten auf, wenn gleich sie sich in Grenzen hielten. Auf 10 % der Ertragsrebläche im Land zeigten sich mittlere bis starke Schäden an Holz und Knospen.

Die Temperaturschwankungen der strahlungsreichen letzten Winterwochen hinterließen auch ihre Spuren im Gemüsebau und hier insbesondere bei den Winterzwiebeln. Im Obstbau belasteten sie die Bäume durch die einseitige Erwärmung im Laufe des Tages. Frostrisse und -platten konnten als Folge der im Holz entstehenden Spannungen auftreten. Die gemeldeten Schäden waren insgesamt gesehen jedoch nicht besorgniserregend.

Frühlingsanfang mit Minusgraden

Auch nach Frühlingsanfang am 21. März blieb es zu kalt. Die Vegetationsentwicklung verzögerte sich je nach Lage bis zu drei Wochen. Selbst in den klimatisch begünstigten Gebieten konnte die Aussaat von Sommergetreide erst Ende März beginnen. Dann jedoch hat die rasche und anhaltende Erwärmung in der zweiten Aprilhälfte zu einem erheblichen Wachstumsschub geführt, der den Rückstand nahezu aufholte. Auch die Frühjahrspflanzung konnte weitgehend abgeschlossen werden.

Der Mai war wiederum sehr naß und kalt. Die häufigen Niederschläge ließen die Getreidebestände meist nur kurzzeitig abtrocknen, so daß sich ein pilzförderndes Bestandsklima aufbaute. In den Weinbergen kam es nach einem schnellen Austrieb Ende April zu einem Wachstumsstillstand. Dennoch war der allgemeine Rebenstand für diese Jahreszeit noch als normal zu bezeichnen. Für die Bestandsentwicklung auf den Feldern, einmal abgesehen von wärmeliebenden Pflanzen, brachte die Maiwitterung kaum Nachteile.

Als die Regenzeit bis weit in den Juni hinein kein Ende fand, spitzte sich die Lage bedenklich zu. Der Wachstumsstand wärmeliebender Fruchtarten ließ immer mehr zu wünschen übrig. Die Gesunderhaltung der Getreidebestände wurde zunehmend problematischer. Die Reblüte verzögerte sich erheblich und frühe Obstarten verfaulten auf den Bäumen. Auch die Heuernte war längst überfällig. Ende Juni zeigte sich dann endlich wieder die Sonne. Bei günstiger Witterung besserten sich nun allgemein die Wachstumsbedingungen.

Getreideernte 1986 bei 1,4 Mill. Tonnen

Die Wintergerstenbestände reiften in der sommerlichen ersten Julihälfte zusehend ab, ohne daß die Ernte jedoch wie im Vorjahr überall voll einsetzen konnte. Hierzu trug nicht zuletzt das Ende der zweiten Julidekade wieder einsetzende wechselhafte Wetter bei.

Ertragserwartungen für Feldfrüchte 1987

Fruchtart	Hektarerträge			
	D 1981/86	1986	1. Vorschätzung Anfang Juli	
			1986	1987
	dt			
Winterweizen	52,3	53,5	49,8	49,7
Sommerweizen	44,9	45,5	42,9	43,8
Roggen	41,0	41,0	42,3	42,5
Wintergerste	48,5	47,6	47,0	45,6
Sommergerste	39,5	43,5	39,6	41,0
Hafer	37,7	39,4	36,4	37,9
Wintermenggetreide	41,2	43,0	39,6	40,8
Sommermenggetreide	37,8	41,6	37,3	38,5
Frühkartoffeln	247,3	274,2	237,8	241,2
Winterraps	25,1	28,1	25,6	26,2

Heuerträge¹⁾ von Rohfutter 1987

Fruchtart	Hektarerträge				Erntemenge ²⁾		
	D 1981/86 1. Schnitt	1. Schnitt		endgültig	1. Schnitt		endgültig
		1986	1987	1986	1986	1987	1986
		dt			t		
Rauhfutter	56,2	53,7	56,6	67,9	1 071 612	1 057 091	1 290 866
Wiesen	54,2	52,0	54,5	66,4	500 074	523 786	638 132
Mähweiden	58,1	55,0	58,5	69,3	436 271	463 935	549 365
Grasanbau auf dem Ackerland	58,2	56,7	61,1	69,5	39 628	27 342	48 586
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	61,9	59,6	61,3	72,7	32 971	30 589	40 230
Luzerne	61,9	59,7	62,2	73,9	11 749	11 439	14 553

1) Grünmasseerträge im Verhältnis 4:1 in Heu umgerechnet. – 2) Berechnet mit noch vorläufigen Flächenangaben.

Trotz der Witterungsverhältnisse dieses Jahres sind beim Getreide zumindest durchschnittliche Hektarerträge zu erwarten. Die zwar bei teilweise gegebenem Entwicklungsrückstand Anfang Juli noch unsicheren Schätzungen liegen bei den meisten Fruchtarten, verglichen mit der Schätzung 1986, sogar verschiedentlich tendenziell höher. Genauere Ergebnisse werden jedoch erst die Ende August vorliegenden Messungen aus der Besonderen Erntermittlung liefern. Erfahrungsgemäß liegen diese in der Regel auch etwas höher als die Vorschätzungen. Noch mit Einschränkungen sind daher – ebenso aufgrund der vorläufigen Anbauflächen – die kalkulierten Erntemengen behaftet.

Setzt man bis zur Ernte normale Witterungsbedingungen voraus, wird unter Berücksichtigung der um 3,2 % geringeren Getreideanbaufläche die Gesamternte des Vorjahres von 1,49 Millionen Tonnen nicht ganz erreicht werden. Insbesondere bei Sommergerste und Hafer wird es aufgrund der um 10 % bzw. fast 8 % geringeren Anbauflächen eine niedrigere Ernte als 1986 geben.

Unterschiedliche Ertragslage bei den übrigen Feldfrüchten

Die Rapsernte müßte bei etwas geringerer Flächenleistung und einer Ausweitung der Anbaufläche um 70 % schätzungsweise 60 % höher liegen als 1986. Die witterungsbedingt in ihrer Entwicklung besonders betroffenen Maisbestände dürften im Juli zwar etwas aufgeholt haben, Ertragseinbußen sind jedoch hier nicht auszuschließen. Eine vergleichsweise positive Entwicklung zeigten Ende Juni die Ackerbohnen und Zuckerrüben, für die gute Ernteaussichten bestehen.

Die Anbauflächen von Kartoffeln, insbesondere Frühkartoffeln, sind nach vorläufigen Ergebnissen auch in diesem Jahr weiterhin rückläufig. Trotz guter Ertragslage wird somit die Frühkartoffelernte das Vorjahresergebnis nicht erreichen. Die mittelfrühen und späten Kartoffeln zeigten Ende Juni einen befriedigenden Wachstumsstand. Bei anhaltender feucht-warmer Witterung dürfte jedoch eine verstärkte Bekämpfung der Krautfäule zur Stabilisierung der Erträge erforderlich sein.

Qualitätsverlust beim Rauhfutter

Der optimale Schnittzeitpunkt für die Heuernte wurde in diesem Jahr bei weitem überschritten. Selbst die Silagebereitung war im Juni nicht ohne weiteres einwandfrei möglich. Zwar erlaubte dann die trockene erste Julihälfte ein zügiges Einbringen der Heuernte, jedoch mit deutlich höherem Rohfaseranteil des Erntegutes. Trotz der wie im Vorjahr witterungsbedingt mäßigen Entwicklung des Aufwuchses, der Mitte April bei möglichen Noten zwischen 1 und 5 im Schnitt mit 3,3 beurteilt wurde, lieferte der erste Rauhfueterschnitt einen durchschnittlichen Hektarertrag und übertrifft damit den vergleichbaren Vorjahreswert. Insbesondere aber aufgrund des eingeschränkten Grasanbaus auf dem Ackerland ist die Rauhfueternte aus dem ersten Schnitt nicht höher ausgefallen als im Vorjahr. Dem Nachwuchs kam die feuchte Witterung in der letzten Julidekade zugute. Trotz des verspäteten ersten Schnitts könnte somit die Gesamterntemenge des Vorjahres noch erreicht werden, zumal die anhaltende Trockenheit im letzten Jahr das Wachstum für den zweiten Schnitt minderte.

Gedämpfte Ernteaussichten beim Obst

Schon der Blüteverlauf versprach bei einigen Obstarten aufgrund der überwiegend zu kalten Witterung und des unzureichenden Insektenfluges nicht die besten Aussichten. Der Behang bei Äpfeln wurde im Juni um

Ertragserwartungen für Obst 1987 im Marktobstbau

Obstart	Erträge		
	D 1981/86	1986	1987
	kg/Baum		
Süßkirschen	24,6	26,2	26,2 ¹⁾
Sauerkirschen	19,5	21,3	24,4 ¹⁾
Äpfel	21,4	25,0	18,7
Birnen	19,7	21,8	17,8
Pflaumen/Zwetschen	29,9	34,4	26,0
Mirabellen/Renekloden	25,7	28,4	23,0
Aprikosen	15,3	17,9	18,3
Pfirsiche	13,4	19,8	16,4
Erdbeeren in dt/ha	77,7	77,7	71,4 ¹⁾

1) Endgültige Erträge.

fast eine ganze Note schlechter beurteilt als 1986. Mit rund 19 kg liegt der derzeit erwartete Baumertrag im Marktbobstbau unter dem mehrjährigen Durchschnitt und damit deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Erntemenge von 1986 wird voraussichtlich um rund 25 % unterschritten. Auch die Erträge bei Birnen, Mirabellen und Renekloden sowie insbesondere bei Pflaumen und Zwetschen werden in diesem Jahr unterdurchschnittlich ausfallen. Etwas bessere Aussichten bestehen wider Erwarten bei Aprikosen und Pfirsichen. Erwartungsgemäß fiel die Erdbeerernte in Anbetracht des nassen Wetters mit 71 dt je Hektar nur mäßig aus.

Bei Kirschen dürfte insbesondere bei den frühen Sorten nicht alles zur Ernte gekommen sein. Zwar trugen die Süßkirschenbäume mit rund 26 kg ebenso gut wie im Vorjahr. Häufig mangelte es jedoch nach Meldungen der Berichterstatte an der Qualität der Früchte, weil sie durch die häufigen Niederschläge aufgeplatzt und teilweise verfault waren. Der Anteil der nicht abgeernteten Menge wurde auf 10 %, das sind 5 % mehr als 1986, geschätzt.

Witterungsbedingt bereitete bei den Sauerkirschen der Befall mit Monilia Probleme. Dennoch wurde im Marktbobstbau mit gut 24 kg ein um 3 kg höherer Baumertrag erzielt als im Vorjahr. Auf der Grundlage der Baumzahlen von 1982 errechnet sich eine Erntemenge von rund 265 600 dt, knapp 15 % mehr als 1986. Wegen der unbefriedigenden Erlössituation sind in den letzten Jahren verstärkt Rodungen von Sauerkirschenbäumen vorgenommen worden, so daß die tatsächliche Ernte etwas niedriger ausfallen wird als die errechnete.

Zum Teil gute Gemüseerträge

Von den verschiedenen Gemüsearten hatte insbesondere der Spargel unter der Witterung dieses Jahres zu leiden. Mit nur rund 32 dt gab es den seit Jahren niedrigsten Hektarertrag. Lediglich 1984 war mit knapp 34 dt ein ähnlich mageres Spargeljahr gewesen. Nach den endgültigen Ernteergebnissen lieferten Frühkohlrabi einen durchschnittlichen (289 dt) und der Frühjahrs-kopfsalat einen um rund 8 dt über dem mehrjährigen Vergleichswert liegenden Hektarertrag (220 dt).

Erträge ausgewählter Gemüsearten 1987

Gemüseart	Hektarerträge		
	D 1981 / 86	1986	1987
	dt		
Frühjahrsspinat	183,8	(187,9) ¹⁾	193,6
Frühkohlrabi	288,7	(280,7) ¹⁾	289,2
Frühjahrskopfsalat	211,8	(215,6) ¹⁾	219,8
Spargel	36,3	37,0	31,8
Frühweißkohl	324,5	300,9	326,7
Frührotkohl	300,1	290,7	313,2
Frühwirsing	251,7	243,7	272,3
Frühlumenkohl	244,8	245,7	260,7
Frühe Möhren	229,7	238,2	248,7
Buschbohnen	99,2	103,0	98,6 ²⁾
Stangenbohnen	146,2	148,8	146,4 ²⁾

1) () Die Angaben für 1986 sind geklammert worden, um auf die durch die radioaktiven Immissionen in unterschiedlichem Ausmaß eingeschränkte Vergleichbarkeit hinzuweisen. – 2) Vorschätzung.

Den klimatisch wenig anspruchsvollen Kohlarten kam die hohe Feuchtigkeit in diesem Jahr sehr zugute. In der Regel lagen die Erträge, wie auch bei den frühen Möhren, deutlich über dem Durchschnitt und übertrafen die Ergebnisse des niederschlagsärmeren Vorjahres bei einigen Kulturen um mehr als 20 dt.

Die Ertragserwartungen für die wärmeliebenden Bohnen halten sich auf Grund der witterungsbedingt mäßigen Entwicklung nach den Meldungen für den Berichtszeitraum Juni / Juli in Grenzen. Sowohl für Stangen- wie auch für Buschbohnen ist in diesem Jahr mit durchschnittlichen Erträgen zu rechnen.

Den Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Gemüsearten beurteilten die Berichterstatte im Juni / Juli mit gut bis zufriedenstellend. Er zeigte sich damit ebenso günstig wie im Vorjahr. Die feuchte Witterung der zweiten Julihälfte dürfte sich im übrigen förderlich auf die Ertragsbildung ausgewirkt haben. Der Wachstumsstand der Tomaten wurde dagegen in diesem Jahr wegen der fehlenden Sonne und Wärme mit der Note 2,9 schlechter als im Vorjahr (2,5) bewertet.

Verhaltene Aussichten beim Wein

Bis Anfang Juli ließen die Meldungen aus den Weinbergen noch auf einen recht guten Jahrgang schließen. Der Austrieb hatte Ende April beschleunigt eingesetzt. Zwar verlangsamte er sich dann etwas durch die nachfolgend kühle Witterung, wurde aber dennoch in der Regel von den Berichterstatte als befriedigend (53 %) oder sogar als gut angesehen (44 %). Besonders im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer erwies er sich zumeist als vollkommen.

Die Gescheinsbildung zeigte sich reichlich, so daß die Berichterstattebewertung ähnlich positiv lag wie im Vorjahr. Auch der Blüte bescheinigten die Sachverständigen mehrheitlich einen günstigen Verlauf. Aufgrund der kühlen Witterung verzögerte sich ihr Beginn, insbesondere bei den Sorten Riesling und Silvaner, bis Ende Juni. Sie fand dann jedoch bei reichlich Sonnenschein, Wärme und leichter Luftbewegung vorteilhafte Bedingungen. Bei den meisten Rebsorten, abgesehen vom Elbling, war sie überwiegend in einer Woche durch und nach zehn Tagen in der Regel abgeschlossen.

Der über längere Zeit ungünstige Witterungsverlauf dieses Jahres hat natürlich auch seine Spuren in den Weinbergen hinterlassen. Der Wachstumsstand der Reben war Ende Juli etwas ungünstiger als im Vorjahr. Probleme bereitete auch ein witterungsbedingt verstärkter Botrytisbefall.

Erwartungen eines quantitativ überdurchschnittlichen Jahrgangs sind insbesondere nach der im Vergleich zum Vorjahr mäßigeren Beurteilung des Traubenansatzes zurückzunehmen. Während 1986 mehr als drei Viertel der Sachverständigen über einen guten Ansatz berichteten, war es in diesem Jahr nur knapp die Hälfte. Auf 12 % der Ertragsrebläche wurden insgesamt betrachtet mittlere, auf weiteren 26 % schwache Verrie-

Beurteilung des Traubenansatzes 1987

Anbaugebiet Bereich	Schlecht		Mittel		Gut	
	1986	1987	1986	1987	1986	1987
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	–	–	–	80	100	20
Mittelrhein	–	–	12	53	88	47
Bacharach	–	–	20	67	80	33
Rhein-Burgengau	–	–	8	45	92	55
Mosel-Saar-Ruwer	–	5	19	57	81	38
Bernkastel	–	8	14	57	86	35
Obermosel	–	7	54	71	46	22
Saar-Ruwer	–	5	11	58	89	37
Zell / Mosel	–	–	17	46	83	54
Nahe	–	2	9	60	91	38
Bad Kreuznach	–	–	12	50	88	50
Schloß Böckelheim	–	3	7	66	93	31
Rheinhessen	–	–	19	39	81	61
Bingen	–	–	18	26	82	74
Nierstein	–	–	16	49	84	51
Wonnegau	–	–	22	43	78	57
Rheinpfalz	–	–	7	57	93	43
Südliche Weinstraße	–	–	6	63	94	37
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	–	–	8	49	92	51
Rheinland-Pfalz	–	2	14	52	86	46

selungsschäden beobachtet. Je nach Sorte gab es graduelle Unterschiede, wobei der Riesling vergleichsweise stärker betroffen war als Silvaner oder Müller-Thurgau. Starke Schäden, die sich insgesamt betrachtet zwar in Grenzen hielten, waren insbesondere beim Elbling an der Obermosel zu verzeichnen.

Nach diesem Lagebericht, wie auch aufgrund der bisherigen Witterungsverhältnisse, halten sich die Ernteaussichten sowohl qualitativ als auch quantitativ in Grenzen.

Dr. Birgit Hübberts

Entwicklung der Säuglingssterblichkeit

Der Säuglingssterblichkeit kommt als Indikator für das Gesundheitssystem eines Landes große Bedeutung zu. Das Risiko, im ersten Lebensjahr zu sterben, ist gegenüber anderen Lebensjahren groß. Ähnlich hohe bzw. größere Sterbewahrscheinlichkeiten weisen erst wieder die über 56 jährigen Männer und die über 62 jährigen Frauen auf.

Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 37 181 Kinder lebend geboren. Im gleichen Jahr starben 327 Säuglinge vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres. Während 187 Knaben ihren ersten Geburtstag nicht erlebten, waren es bei den Mädchen 140. 122 Säuglinge starben in den ersten sieben Lebenstagen und 172 in den ersten 28 Lebenstagen. 81 Neugeborene, das ist ein Viertel der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, überlebten 1986 nicht die ersten 24 Stunden nach der Geburt.

Je enger die Definition der Lebendgeburt gefaßt wird, umso höher ist die Totgeborenenrate und entsprechend niedriger die Säuglingssterblichkeit. In der Bundesrepublik Deutschland liegt eine Lebendgeburt vor, wenn bei einem Kinde nach der Scheidung vom Mutterleib ent-

weder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Falls sich keines der genannten Lebensmerkmale zeigt und das Gewicht der Leibesfrucht mehr als 1 000 Gramm beträgt, so gilt sie als totgeboren, beträgt sie weniger als 1 000 Gramm, so ist es eine Fehlgeburt.

Säuglingssterblichkeit drastisch gesunken

Betrachtet man die Entwicklung der Säuglingsterblichkeit ab 1950, so ist ein drastischer Rückgang bei insgesamt rückläufiger Geburtenhäufigkeit festzustellen. Während 1950 noch 2 950 Säuglinge im ersten Lebensjahr verstarben, wurden 1986 über 2 600 Säuglingssterbefälle weniger verzeichnet. Dementsprechend verringerte sich die Säuglingssterbeziffer (im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene) von 52,8 auf 8,9.

Die Säuglingssterbeziffer wird anhand einer gewichteten Berechnungsmethode ermittelt, die die Geburtenentwicklung in den vorhergehenden zwölf Monaten

berücksichtigt. Würden bei der Berechnung die im Berichtszeitraum im Alter von unter einem Jahr gestorbenen Kinder auf die Lebendgeborenen des gleichen Zeitraums bezogen, bliebe unberücksichtigt, daß nur ein Teil der gestorbenen Säuglinge in demselben Berichtszeitraum geboren wurde. Da die Zahl der Geborenen sich längerfristig ändert und zudem jahreszeitlichen Schwankungen unterliegt, entstünde so ein Fehler. Der Fehler wird jedoch gering, wenn die innerhalb der ersten sieben oder 28 Lebensstage gestorbenen Säuglinge auf die im Berichtszeitraum Lebendgeborenen bezogen werden, so daß für diese Ziffer eine gewichtete Berechnung unterbleiben kann.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit war in den 50er Jahren und in der ersten Hälfte der 60er Jahre vergleichsweise hoch. So konnte beispielsweise im Zeitraum von 1960 bis 1965 die Säuglingssterbeziffer um über 35 % vermindert werden. In den folgenden fünf Jahren stieg die Säuglingssterblichkeit vorübergehend etwas an. Ein leichter Rückgang wurde wieder in der ersten Hälfte der 70er Jahre registriert. Diese stockende Entwicklung ist unter anderem auf eine damalige besonders schwere Grippewelle zurückzuführen. Von solchen Grippewellen, die eine vorübergehende Erhöhung der Sterblichkeit verursachen, sind neben älteren Menschen insbesondere auch die Säuglinge betroffen.

Von 1975 bis 1980 konnte die Säuglingssterblichkeit noch einmal kräftig reduziert werden. Durchschnittlich nahm die Säuglingssterbeziffer in diesem Zeitraum jährlich um über 8 % ab. Auch Anfang der 80er Jahre verringerte sich die Säuglingssterblichkeit weiterhin um jährlich durchschnittlich über 6 %. Der jährliche Durchschnittswert für den gesamten Zeitraum von 1950 bis 1986 liegt bei 5,9 %.

Deutliche Verringerung der Frühsterblichkeit

Die Sterblichkeit der Säuglinge im ersten Lebensjahr wird durch eine Abgrenzung nach der Lebensdauer in

Gestorbene Säuglinge 1985 und 1986 nach ausgewählten Todesursachen

Todesursache ¹⁾	1985		1986	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Kongenitale Anomalien (ICD Nr. 740 – 759)	80	23,0	84	25,7
Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben (ICD Nr. 760 – 779)	135	38,8	128	39,1
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen (ICD Nr. 780 – 799)	77	22,1	71	21,7
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen (ICD Nr. E 800 – E 949)	20	5,7	18	5,5
Sonstige Todesursachen	36	10,3	26	8,0
Insgesamt	348	100	327	100

1) verschlüsselt nach der internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD 9. Revision) der Weltgesundheitsorganisation

Früh-, Spät- und Nachsterblichkeit unterteilt. Unter Frühsterblichkeit versteht man die in den ersten sieben Lebenstagen Gestorbenen. Die Spätsterblichkeit umfaßt die nach dem siebten bis einschließlich 28. Lebenstag Gestorbenen, die Nachsterblichkeit die nach dem 28. Lebenstag bis einschließlich zwölften Lebensmonat Gestorbenen. Für die Früh-, Spät- und Nachsterblichkeit werden Teilziffern berechnet, indem die in dem jeweiligen Zeitraum gestorbenen Säuglinge zu 1 000 Lebendgeborenen des Berichtsjahres in Verhältnis gesetzt werden.

Die rückläufige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit ist in erster Linie auf die Reduzierung der Frühsterblichkeit zurückzuführen. So verminderte sich im vergangenen Jahrzehnt die Frühsterblichkeit um 68 %. Dagegen sank die Ziffer der Spätsterblichkeit im gleichen Zeitraum nur um 43 % und die der Nachsterblichkeit um 35 %. Während vor zehn Jahren von 664 Säuglingssterbefällen noch 357 oder 54 % in den ersten sieben Lebenstagen starben, waren es 1986 nur noch 122 von 327 oder 37 %. Dementsprechend ist bei einem nahezu unverändert geringen Anteil der Spätsterblichkeit der Anteil der Nachsterblichkeit deutlich gestiegen. Gab es hier vor zehn Jahren 34 % oder 226 Fälle, die die Nachsterblichkeit betrafen, so waren es im vergangenen Jahr 155 Fälle oder 47 %.

Diese Entwicklung haben die verbesserte ärztliche Versorgung, die Fortschritte in der Perinatalmedizin, die Steigerung des Anteils der Anstaltsentbindungen und eine erhöhte Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft begünstigt.

Hohes Geburtsgewicht – steigende Überlebenschance

Das Geburtsgewicht spielt eine entscheidende Rolle für die Lebensfähigkeit eines Kindes. Ein geringes Geburtsgewicht bedeutet ein überhöhtes Sterberisiko. So überlebten von den extrem untergewichtigen Säuglingen (unter 1 000 Gramm) 1985 nur 26 % und im darauffolgenden Jahr 30 %. Auch die Kinder mit einem Geburtsgewicht von 1 000 bis 1 500 Gramm sind noch besonders gefährdet. 1985 fanden von 100 Lebendgeborenen dieser Gewichtsguppe 24 den Tod, 1986 waren es noch 21.

Je höher das Geburtsgewicht ist, desto größer ist die Überlebenswahrscheinlichkeit. Die niedrigste aktuelle Sterbeziffer ist bei Kindern mit einem Geburtsgewicht von 3 500 bis 4 000 Gramm zu beobachten. Sind die Kinder bei der Geburt besonders schwer, so ist das Sterberisiko wieder etwas höher. Da hauptsächlich die Frühgeborenen Untergewicht haben, sind die Mediziner bemüht, die Anzahl der Frühgeburten weiterhin zu senken.

Sterberisiko der ausländischen Säuglinge höher

Unter den 327 gestorbenen Säuglingen im Jahre 1986 hatten 25 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Sterbeziffer der deutschen Neugeborenen lag in diesem Jahr bei 8,6, der entsprechende Wert der nicht-

Säuglingssterblichkeit 1950 – 1986

Jahr	Ins- gesamt	Knaben	Mädchen	Ehelich	Nicht- ehelich	Ins- gesamt	Knaben	Mädchen	Ehelich	Nicht- ehelich
	Anzahl					auf 1 000 Lebendgeborene ¹⁾				
Im ersten Lebensjahr Gestorbene										
1950	2 950	1 721	1 229	2 527	423	52,8	59,5	45,7	48,9	101,5
1955	2 522	1 443	1 079	2 171	351	41,8	46,3	37,0	38,5	89,8
1960	2 369	1 391	978	2 124	245	36,9	42,4	31,2	34,9	73,0
1965	1 545	893	652	1 427	118	23,8	27,0	20,6	22,9	46,6
1970	1 241	727	514	1 135	106	25,2	28,7	21,6	24,2	45,5
1975	737	433	304	682	55	21,3	24,4	18,1	20,9	27,9
1980	478	301	177	424	54	12,9	16,0	9,8	12,3	22,8
1981	422	235	187	379	43	11,3	12,2	10,3	10,8	17,7
1982	408	230	178	380	28	11,0	12,0	9,9	11,0	10,7
1983	390	227	163	347	43	10,9	12,4	9,4	10,5	16,2
1984	366	183	183	328	38	10,3	10,1	10,5	10,0	14,6
1985	348	206	142	305	43	9,9	11,5	8,3	9,4	16,1
1986	327	187	140	292	35	8,9	10,0	7,8	8,6	12,2
In den ersten 28 Lebenstagen Gestorbene										
1950	1 734	990	744	1 491	243	30,9	34,0	27,5	28,7	57,3
1955	1 595	902	693	1 382	213	26,5	29,0	23,8	24,5	55,5
1960	1 565	927	638	1 403	162	24,4	28,3	20,2	23,0	48,4
1965	1 178	682	496	1 082	96	18,3	20,7	15,7	17,5	38,1
1970	1 001	593	408	906	95	20,6	23,6	17,3	19,5	40,8
1975	505	297	208	461	44	14,7	16,8	12,4	14,0	22,4
1980	306	194	112	273	33	8,2	10,2	6,1	7,8	13,7
1981	251	136	115	227	24	6,7	7,0	6,4	6,5	9,9
1982	227	120	107	213	14	6,1	6,2	6,0	6,2	5,3
1983	218	132	86	198	20	6,2	7,3	5,0	6,0	7,5
1984	199	103	96	182	17	5,6	5,7	5,5	5,5	6,5
1985	176	105	71	150	26	5,0	5,9	4,2	4,7	9,7
1986	172	103	69	154	18	4,6	5,4	3,8	4,5	6,2
In den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene										
1950	1 482	851	631	1 278	204	26,4	29,2	23,3	24,6	48,1
1955	1 278	720	558	1 114	164	21,2	23,1	19,2	19,7	42,7
1960	1 299	770	529	1 165	134	20,2	23,5	16,8	19,1	40,0
1965	1 070	619	451	980	90	16,6	18,8	14,3	15,8	35,7
1970	902	547	355	812	90	18,5	21,8	15,1	17,5	38,6
1975	424	254	170	383	41	12,3	14,4	10,2	11,7	20,9
1980	255	164	91	229	26	6,8	8,6	5,0	6,5	10,8
1981	204	113	91	182	22	5,5	5,9	5,0	5,2	9,0
1982	176	93	83	166	10	4,7	4,8	4,6	4,8	3,8
1983	165	96	69	145	20	4,7	5,3	4,0	4,4	7,5
1984	148	84	64	136	12	4,2	4,6	3,7	4,1	4,6
1985	131	74	57	110	21	3,8	4,1	3,3	3,4	7,8
1986	122	75	47	112	10	3,3	4,0	2,6	3,3	3,4
In den ersten 24 Stunden Gestorbene										
1950	957	533	424	816	141	17,0	18,3	15,7	15,7	33,2
1955	1 003	553	450	876	127	16,6	17,8	15,4	15,5	33,1
1960	924	542	382	828	96	14,4	16,6	12,1	13,6	28,7
1965	756	440	316	698	58	11,7	13,4	10,0	11,3	23,0
1970	623	376	247	559	64	12,8	15,0	10,5	12,1	27,5
1975	251	148	103	224	27	7,3	8,4	6,2	6,9	13,8
1980	151	89	62	138	13	4,1	4,7	3,4	4,0	5,4
1981	138	80	58	125	13	3,7	4,1	3,2	3,6	5,3
1982	112	59	53	106	6	3,0	3,1	3,0	3,1	2,3
1983	109	62	47	98	11	3,1	3,4	2,7	3,0	4,1
1984	84	44	40	75	9	2,4	2,4	2,3	2,3	3,5
1985	82	48	34	68	14	2,3	2,7	2,0	2,1	5,2
1986	81	51	30	75	6	2,2	2,7	1,6	2,2	2,1

1) Bei den im ersten Lebensjahr Gestorbenen unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden zwölf Monaten.

deutschen Neugeborenen bei 11,9. Die Aussagefähigkeit dieses Wertes ist jedoch eingeschränkt, da die Anzahl der ausländischen Geburten und somit auch die Fallzahl der gestorbenen ausländischen Säuglinge niedrig ist. Zufällige Schwankungen sind möglich. Betrachtet man die zurückliegenden Jahre seit 1975, so zeigen sich mit Ausnahme der Jahre 1975 und 1977 bis 1979 höhere Sterberisiken bei den ausländischen Säuglingen als bei den deutschen. Von 1975 bis 1986 hat sich die Sterbeziffer der deutschen Säuglinge etwa um 60 %, die der ausländischen Säuglinge um 37 % vermindert.

Ergebnisse aus den Jahren vor 1975 heranzuziehen erscheint wenig sinnvoll, da infolge einer Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht mehr allein von der Staatsangehörigkeit des Vaters abhängt. Vielmehr genügt seit 1975 die deutsche Staatsangehörigkeit eines Elternteils.

Deutlicher wird der Unterschied in der Sterblichkeit zwischen den deutschen und nichtdeutschen Säuglingen bei Betrachtung der Perinatalsterblichkeit. Unter perinataler Sterblichkeit versteht man die Sterblichkeit der Neugeborenen vor und während der Geburt sowie in den ersten sieben Lebenstagen danach. Die spezifische Sterbeziffer hierzu wird berechnet, indem man die Totgeborenen und die in den ersten sieben Lebenstagen Gestorbenen zu 1 000 Lebend- und Totgeborenen ins Verhältnis setzt. Bei deutschen Kindern ist die Perinatalsterbeziffer von 19,9 im Jahre 1975 auf 6,9 im Jahre 1986 zurückgegangen. Demgegenüber ist sie bei den nichtdeutschen Kindern im gleichen Zeitraum von 23,4 auf 13,7 zurückgegangen. Die Perinatalsterblichkeit der in Rheinland-Pfalz lebenden ausländischen Kinder war 1986 doppelt so hoch wie die der deutschen. 1980 lag sie um etwas mehr als ein Drittel, 1975 um 15 % über dem entsprechenden Wert der deutschen Bevölkerung.

Die Sterblichkeit in der Perinatalphase und im ersten Säuglingsjahr ist sowohl bei den ehelich als auch bei den nichtehelich Geborenen gesunken. Von 1950 bis

1986 verminderte sich die Säuglingssterbeziffer der nichtehelichen Kinder um über 87 %, dennoch liegt sie 1986 knapp ein Drittel über dem entsprechenden Wert der ehelich Geborenen.

Häufig auftretende Todesursachen

Die Todesursachen, die mittels der internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD/9) der Weltgesundheitsorganisation codiert werden, sind ein medizinisch aufschlußreiches Merkmal der Säuglingssterblichkeit. Am häufigsten war nicht nur 1985, sondern auch 1986 mit 39 % die Todesursachengruppe, die bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben (ICD Nr. 760 – 779) zusammengefaßt. Hierzu gehören Infektionen, speziell der Perinatalzeit, Geburtstrauma, extreme Unreife, Frühgeburten und respiratorische Affektionen des Fetus oder Neugeborenen.

Der Anteil der Säuglinge, die an kongenitalen Anomalien (ICD Nr. 740 – 759) starben, lag in den vergangenen beiden Jahren bei 23 bzw. 26 %. Unter kongenitalen Anomalien versteht man angeborene Fehlbildungen wie die Gaumen- und Lippenspalte. Säuglinge mit dieser Todesursache starben meistens bereits in den ersten 24 Stunden nach der Geburt. Zu den dritthäufigsten Todesursachen, an denen 22 % der Säuglinge starben, gehören Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen (ICD Nr. 780 – 799). Hierunter fallen beispielsweise Symptome, die die Ernährung, den Stoffwechsel und das Wachstum betreffen oder unspezifische histologische und immunologische Befunde. Diese Todesursachen treten vermehrt in dem Bereich der Spätsterblichkeit auf.

Mittlere Position im Ländervergleich

Während die Säuglingssterbeziffer für das gesamte Bundesgebiet von 1960 bis 1985 um 24,9 Promille-

Säuglingssterblichkeit in den Bundesländern

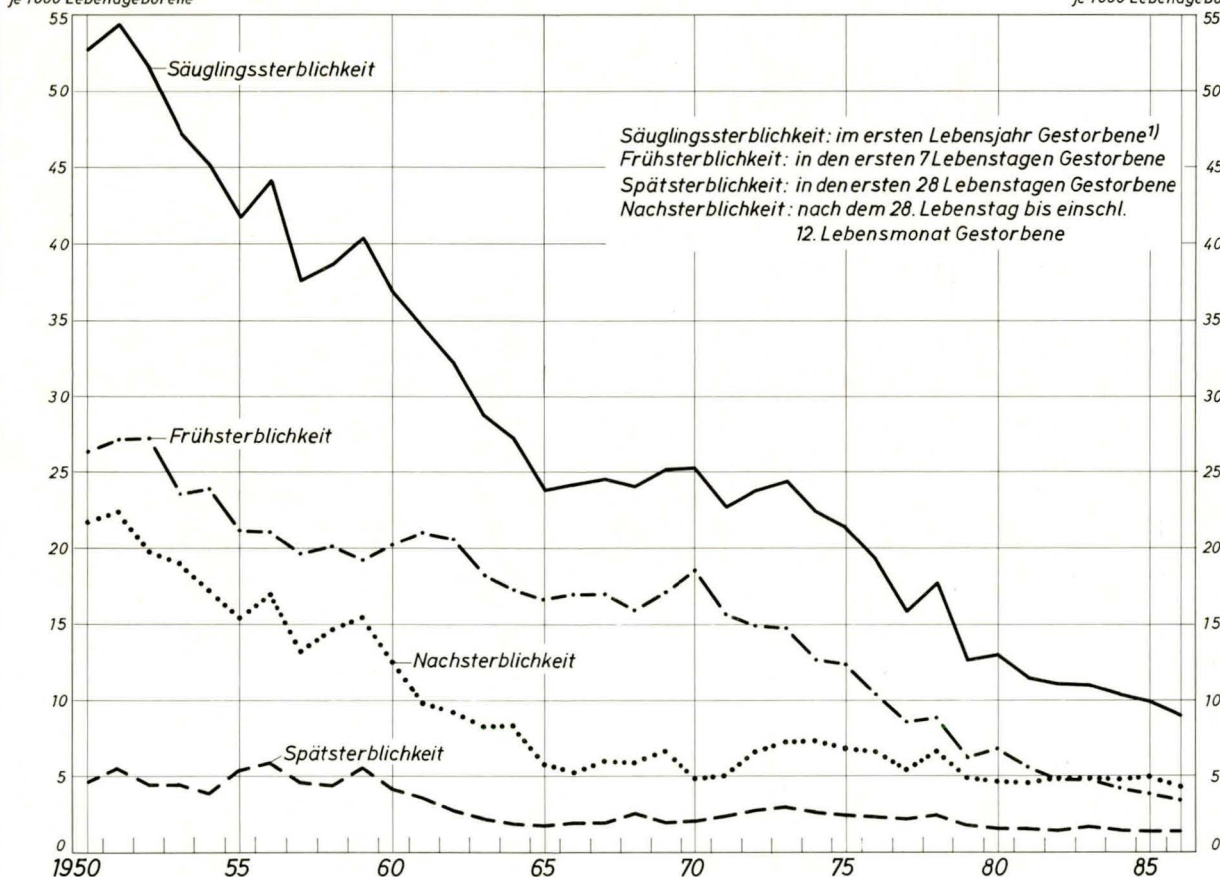
Land	Im ersten Lebensjahr Gestorbene					
	Anzahl			auf 1 000 Lebendgeborene ¹⁾		
	1960	1980	1985	1960	1980	1985
Schleswig-Holstein	1 155	281	192	30,7	11,6	8,3
Hamburg	619	154	121	25,6	11,5	9,6
Niedersachsen	3 393	848	605	29,2	11,9	9,0
Bremen	307	88	47	28,0	14,9	9,0
Nordrhein-Westfalen	10 277	2 486	1 635	37,1	14,8	10,3
Hessen	2 442	610	463	31,2	11,3	9,3
Rheinland-Pfalz	2 369	478	348	36,9	12,9	9,8
Baden-Württemberg	4 400	1 023	679	30,5	10,4	7,2
Bayern	6 221	1 417	865	36,3	12,5	7,8
Saarland	791	163	99	38,4	15,6	10,1
Berlin (West)	750	273	190	35,0	14,9	10,6
Bundesgebiet	32 724	7 821	5 244	33,8	12,7	8,9

1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten

Säuglingssterblichkeit nach der Lebensdauer 1950-1986

Gestorbene Säuglinge
je 1000 Lebendgeborene

Gestorbene Säuglinge
je 1000 Lebendgeborene



1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

106/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Punkte sank, konnte in Rheinland-Pfalz eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Verminderung um 27,1 Promille-Punkte erreicht werden. Lediglich im Saarland und in Bayern wurde in diesem Zeitraum eine noch höhere Reduzierung der Säuglingssterbeziffer um 28,3 bzw. 28,5 Promille-Punkte verzeichnet. Im Vergleich zu

den anderen Bundesländern hat sich die rheinland-pfälzische Position verbessert. Rheinland-Pfalz stand im Jahr 1960 noch an drittletzter Stelle. Inzwischen nimmt Rheinland-Pfalz eine mittlere Position ein.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Giesela Diesler

Wohngeld im Jahre 1986

Wohnbeihilfen, mit denen einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen ermöglicht und auf Dauer gesichert werden soll, haben in Deutschland eine lange Tradition, die bis in das Jahr 1938 zurückreicht. Die eigentliche Wohngeldgesetzgebung datiert aus dem Jahre 1965, als das Gesetz über Wohnbeihilfen vereinheitlicht und neu gefaßt wurde. In der Folgezeit wurde das Wohngeldrecht unter Beibehaltung der bisherigen Zielsetzung, insbesondere im Blick auf die Anpassung der Leistungen an die Preis-, Wohnkosten- und Einkommensentwicklung, aktualisiert und fortentwickelt.

Die Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erfordert aus verschiedenen Gründen Anpassungen bei den Wohngeldleistungen. Die Höhe des Wohngeldes hängt neben der Haushaltsgröße von der

Höhe des Familieneinkommens, von der Miete bzw. der Belastung ab. Dadurch führen Einkommenserhöhungen zu geringerem Wohngeld. Ähnlich verhält es sich bei Mietpreissteigerungen, die in der Regel trotz steigendem Wohngeldanspruch zu einem prozentual höheren Anteil der Wohnkosten am Einkommen führen. Liegen die Wohnkosten über den zuschufähigen Höchstbeträgen, führen die Wohnkostensteigerungen nicht zu einem höheren Wohngeld. Eine wirksame wirtschaftliche Sicherung eines bestimmten Wohnstandards ist nur dann zu erzielen, wenn die Wohngeldbezieher je nach ihrer individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von einer nachhaltigen finanziellen Entlastung ausgehen können.

Das Wohngeldrecht wird nicht nur in seiner sozialen Funktion durch den Abbau unzweckmäßiger Regelun-

gen gesichert, sondern auch inhaltlich entsprechend den gesellschaftspolitisch vorherrschenden Zielsetzungen fortentwickelt. So gewähren die Behörden beispielsweise seit 1986 erstmals einen Freibetrag für ältere Familienmitglieder, die im Haushalt ihrer Angehörigen leben. Damit soll das Zusammenleben mehrerer Generationen gefördert und die Betreuung älterer Familienmitglieder als Alternative zu einer Heimunterbringung erleichtert werden. Für die Zukunft ist im Interesse einer bürgernahen Verwaltungsvereinfachung eine Verfahrensänderung bei der Zahlung von Wohngeld an Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge vorgesehen. Die Anpassung des Leistungsumfanges im Zuge von Wohngeldnovellen wird auch von der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte bestimmt und hängt von haushaltspolitischen Entscheidungen, der finanziellen Lage der Haushalte sowie von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab.

Zum Beginn der Jahres 1986 ist die 6. Wohngeldnovelle in Kraft getreten. Neben der Anhebung der Höchstbeträge der berücksichtigungsfähigen Miete bzw. Belastung sowie einiger interner Strukturverbesserungen finden örtliche Mietunterschiede stärkere Berücksichtigung. Wohngeld wird grundsätzlich für ein Jahr bewilligt. Deshalb wirkte sich die Novelle für den einzelnen bereits im Laufe des Jahres 1986 voll aus. Einerseits wuchs der Kreis der Anspruchsberechtigten, andererseits wurden in dieser Zeitspanne auslaufende, nach altem Recht bewilligte Bescheide durch Folgebescheide nach neuem Recht abgelöst. Dadurch lagen im ersten Quartal 1986 die in Rheinland-Pfalz ausgezahlten Beträge erst um 8,8 % und die Zahl der Empfänger um 4 % über dem entsprechenden Wert des Vorjahres, wogegen sich im vierten Quartal eine Steigerung der Zahlungen um 59 % und ein Anstieg der wohngeldbeziehenden Haushalte

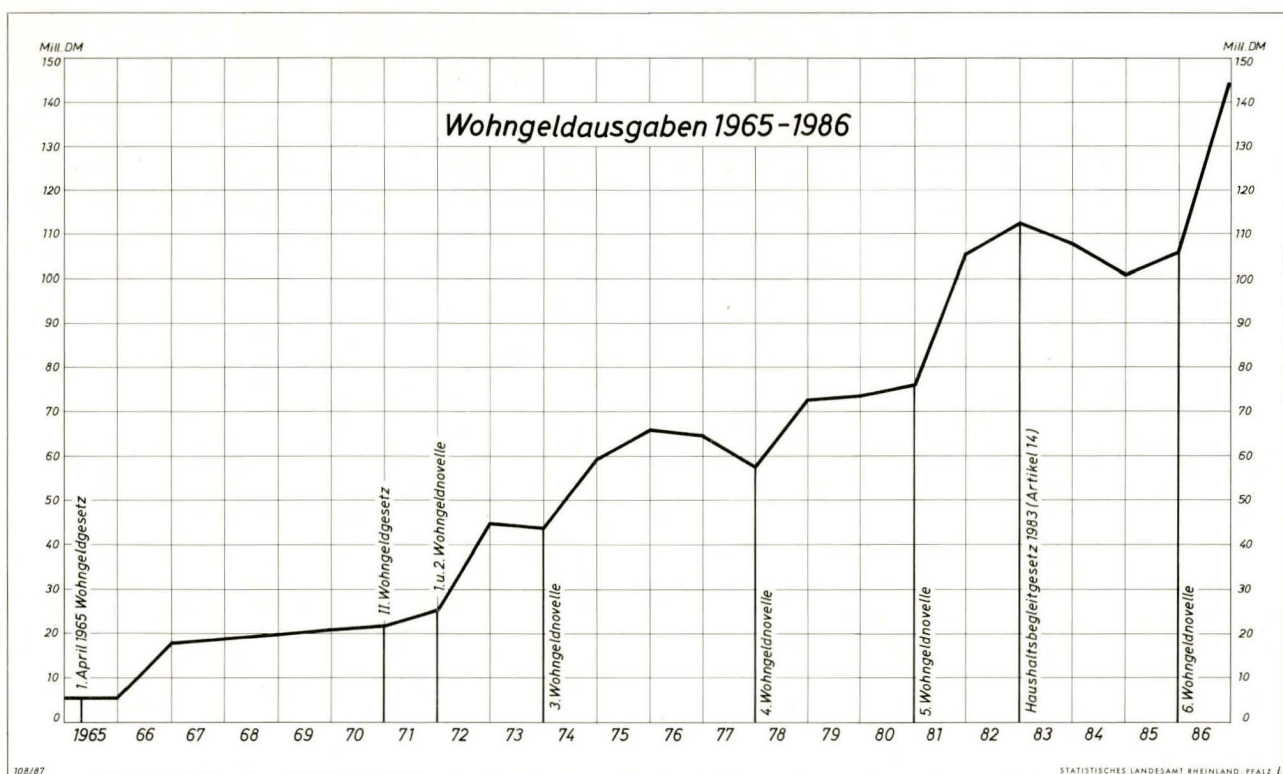
um 21 % ergab. Bei den Empfängerzahlen sind hier die Nachbewilligungen nicht berücksichtigt. Da mit dem Jahresende praktisch alle Wohngeldbewilligungen nach neuem Recht erfolgt sind, werden die Auswirkungen der 6. Novelle durch Vergleich der auf den Stichtag 31. Dezember bezogenen Jahresergebnisse mit den Ergebnissen des Vorjahres sichtbar. Diese Vergleiche entstammen der bundesweit durchgeführten Wohngeldstatistik für Rheinland-Pfalz. Ihre Auswertung liefert Informationen über die Entwicklung der Wohngeldleistungen, die Wirksamkeit der Wohngeldgesetzgebung, aber auch über den Ergänzungsbedarf. Sie vermittelt zudem Einblicke in die Sozialstruktur der Wohngeldhaushalte, die Wohnsituation der Wohngeldbezieher und ihre regionale Verteilung, die Wohnkosten sowie die Höhe und Entlastungswirkung des Wohngeldes.

Die Wohngeldausgaben in Rheinland-Pfalz zeigen in ihrer zeitlichen Entwicklung seit 1965 einen steigenden Trend. Weitgehend parallel dazu entwickelten sich die Empfängerzahlen. Wurden im Jahre 1965 rund 5,4 Mill. DM an Wohngeld gezahlt, waren es 1970 bereits knapp 22 Mill. DM, zehn Jahre später 76 Mill. DM. Im Jahre 1985 beliefen sich die Wohngeldzahlungen auf insgesamt 105 Mill. DM, um in darauffolgenden Jahr mit einem Anstieg von 37 % auf 144 Mill. DM anzuwachsen. Die Entwicklung verlief nicht kontinuierlich. Infolge von nominalen Einkommenserhöhungen überschritten die Wohngeldbezieher die gesetzlich vorgesehenen Höchstbeträge der Tendenz nach um so stärker, je länger das Gesetz in seiner jeweils gültigen Fassung in Kraft war. Diese Entwicklung machte entsprechende Anpassungsmaßnahmen des Gesetzgebers in Form von Wohngeldnovellen erforderlich, um die soziale Funktion des Wohngeldes zu sichern.

Entwicklung des Wohngeldes 1973 – 1986

Jahr ²⁾ Viertel- jahr	Insgesamt				Mietzuschuß				Lastenzuschuß			
	Emp- fänger 1)	gezahlter Betrag		An- spruch je Fall 1)	Emp- fänger 1)	gezahlter Betrag		An- spruch je Fall 1)	Emp- fänger 1)	gezahlter Betrag		An- spruch je Fall 1)
		ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal			zu- sammen	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal			zu- sammen	Ver- änderung zum Vorjahr bzw. Vor- quartal	
Anzahl	1 000 DM	%	DM	Anzahl	1 000 DM	%	DM	Anzahl	1 000 DM	%	DM	
1973	49 285	43 482	- 3,2	57	46 323	39 619	- 0,3	56	2 962	3 863	- 25,7	70
1974	65 492	59 240	36,2	68	60 013	52 499	32,5	66	5 479	6 741	74,5	90
1975	68 292	66 052	11,5	70	63 231	58 645	11,7	69	5 061	7 407	9,9	93
1976	64 687	64 198	- 2,8	70	60 446	57 878	- 1,3	68	4 241	6 320	- 14,7	89
1977	60 499	57 143	- 11,0	68	56 973	52 208	- 9,8	67	3 526	4 935	- 21,9	83
1978	67 315	72 567	27,0	81	61 759	64 590	23,7	79	5 556	7 977	61,6	101
1979	62 782	73 086	0,7	81	57 820	65 417	1,3	80	4 962	7 669	- 3,9	95
1980	64 339	75 752	3,6	83	59 479	68 878	5,3	82	4 860	6 874	- 10,4	88
1981	70 849	105 095	38,7	107	63 104	89 698	30,2	102	7 745	15 397	124,0	150
1982	70 367	112 035	6,6	103	63 372	96 843	8,0	99	6 995	15 192	- 1,3	131
1983	62 657	107 042	- 4,5	105	56 550	94 166	- 2,8	103	6 107	12 876	- 15,2	122
1984	60 547	100 657	- 6,0	109	54 745	89 613	- 4,8	108	5 802	11 043	- 14,2	118
1985	70 695	105 250	4,6	113	63 923	94 656	5,6	112	6 772	10 594	- 4,1	117
1986	86 679	143 818	36,6	137	76 704	127 065	34,2	136	9 975	16 753	58,1	141
1. Vj.	58 120	28 004	7,6	123	52 674	25 323	8,3	123	5 446	2 681	1,9	129
2. Vj.	67 451	37 134	32,6	129	60 271	32 742	29,3	128	7 180	4 392	63,8	137
3. Vj.	66 511	37 319	0,5	131	59 036	32 726	0,0	130	7 475	4 593	4,6	138
4. Vj.	75 480	41 360	10,8	134	66 868	36 274	10,8	133	8 612	5 087	10,8	139

1) Im letzten Monat des Berichtsjahres bzw. im letzten Monat des Berichtsvierteljahres. — 2) Ab 1985 einschließlich Nachbewilligungen aus dem 1. Vierteljahr des Folgejahres.



Annähernd jeder zweite Wohngeldempfänger alleinstehend

Während sich die Gesamtzahl der Wohngeldempfänger von 1985 auf 1986 um knapp 16 000 oder 23 % vergrößert hat, ist die Anzahl der erwerbstätigen Bezieher von Wohngeld im gleichen Zeitraum um annähernd 8 000 oder 60 % und die der Nichterwerbstätigen um 7 500 oder 16 % gewachsen. Dagegen ist die Zahl der arbeitslosen Wohngeldempfänger 1986 lediglich um gut 500 oder 4,6 % nach + 11,6 % im Jahre 1985 gestiegen. Die Zuwächse nach der 6. Wohngeldnovelle führten insbesondere bei den Erwerbstätigen zu einer Erhöhung ihres Anteils an allen Wohngeldbeziehern von 19 % im Jahre 1985 auf nunmehr ein Viertel. Diese Entwicklung zeigt, daß gerade für diese Gruppe mit relativ kontinuierlicher Einkommensentwicklung ein Anpassungsbedarf bei den Wohngeldleistungen bestand. Arbeiterhaushalte bilden die stärkste Gruppe der im Erwerbsleben stehenden Wohngeldbezieher. Ihr Anteil an allen Empfängern betrug 16 %. Obwohl sich die Zeit der Haushalte mit nichterwerbstätigem Haushaltsvorstand im Vergleich zum Vorjahr absolut erhöhte, ging ihr Anteil an allen Wohngeldempfängern von 65 auf 61 % zurück. In zwei Fünftel aller Fälle war der Haushaltsvorstand Rentner. Mit diesem Ergebnis setzte sich die seit Jahren zu beobachtende Abnahme des Anteils der Rentner fort. Diese Entwicklung ergibt sich aus den allgemein steigenden Rentenansprüchen. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Anstieg der Quote arbeitsloser Wohngeldbezieher setzte sich 1986 nicht weiter fort. Ihr Anteil verminderte sich binnen Jahresfrist von 17 auf 14 %.

Die Wohngeldförderung erreichte in erster Linie Alleinstehende. Sie haben einen Anteil an den Wohngeldempfängern von 47 %. Alleinstehende Nichterwerb-

stätige – vorwiegend Rentner – machten dabei allein 39 % der gesamten Wohngeldempfänger aus. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte stieg binnen Jahresfrist um 16 %, die der Zweifamilienhaushalte um ein fünftel. Relativ starke Erhöhungen waren bei Haushalten mit drei und vier (+ 39 %) sowie fünf und mehr Personen (+ 24 %) zu verzeichnen. Insofern hat sich der Kreis der Anspruchsberechtigten infolge der Wohngeldnovelle im allgemeinen, insbesondere jedoch für Familien mit mehr als zwei Personen, erweitert. Durch die Gesetzesänderungen bewirkte Zunahmen kumulieren, wo zusätzlich begünstigte soziale Gruppen und Haushaltsgrößen zusammenfallen. Beispielsweise zeigen sich bei Drei- und Vierpersonenhaushalten von erwerbstätigen Wohngeldempfängern außerordentlich hohe Zuwachsraten. So verdoppelte sich jeweils die Zahl der wohngeldbeziehenden Angestellten- und Beamtenhaushalte mit vier Personen.

Jeder vierte Wohngeldempfänger lebt in einer Altbauwohnung

Wohngeld wird in 85 % der Fälle an Mieterhaushalte gezahlt, wobei es sich in erster Linie um Hauptmieter handelt. Untermieter machen nur 1,8 % der Mieterhaushalte aus. Um Hauseigentümer handelt es sich bei 11,3 %. In Heimen sind 2 803 Haushalte (3,2 %) untergebracht. An Wohnungseigentümer und Inhaber von eigentumsähnlichen Dauerwohnrechten wird in 296 Fällen (0,3 %) Wohngeld gezahlt.

Empfänger von Mietzuschuß lebten vorwiegend (60 %) in Wohnungen mit 40–80 m² Wohnfläche. Kleinere Wohnungen machten 17 %, größere 24 % aus. Lastenzuschußempfänger – hier handelt es sich in

Mietenniveau und Höchstbetragsüberschreitungen
in ausgewählten Städten und Kreisen 1984

Gebietseinheit	Regionales durchschnitt- liches Mietenniveau ¹⁾ je m ² Wohnfläche	Gewichtete Abweichung des Mieten- niveaus vom vom Bundes- durchschnitt	Mieten- stufe
	DM	%	
Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern			
Mainz	6,73	+ 18,26	V
Koblenz	5,67	- 1,19	III
Ludwigshafen am Rhein	5,40	- 2,87	III
Städte mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohner			
Bad Kreuznach	5,85	+ 3,90	III
Ingelheim am Rhein	6,05	+ 0,96	III
Bad Neuenahr-Ahrweiler	5,96	+ 0,34	III
Frankenthal	5,75	- 0,73	III
Kaiserslautern	5,58	- 1,58	III
Speyer	5,60	- 1,94	III
Trier	5,55	- 2,34	III
Landau in der Pfalz	5,31	- 3,41	III
Worms	5,43	- 3,87	III
Neustadt an der Weinstraße	5,14	- 5,66	II
Bingen am Rhein	5,29	- 6,41	II
Neuwied	5,48	- 7,07	II
Andernach	5,24	- 7,65	II
Zweibrücken	4,89	- 9,16	II
Pirmasens	4,66	- 9,44	II
Idar-Oberstein	4,62	- 15,49	I
Kreise ohne Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern			
Mainz-Bingen	5,46	- 6,50	II
Bad Dürkheim	5,29	- 7,18	II
Ludwigshafen	5,46	- 8,35	II
Alzey-Worms	5,20	- 9,15	II
Kaiserslautern	5,25	- 9,29	II
Ahrweiler	5,33	- 11,06	II
Germersheim	5,34	- 12,47	II
Rhein-Lahn-Kreis	4,88	- 12,71	II
Birkenfeld	4,73	- 13,11	II
Neuwied	5,22	- 13,46	II
Donnersbergkreis	4,96	- 14,47	II
Mayen-Koblenz	4,92	- 14,90	II
Südliche Weinstraße	4,86	- 15,22	I
Bad Kreuznach	4,69	- 16,08	I
Altenkirchen (Ww.)	4,87	- 17,38	I
Kusel	4,53	- 17,75	I
Trier-Saarburg	4,74	- 18,03	I
Westerwaldkreis	4,76	- 19,84	I
Bernkastel-Wittlich	5,09	- 20,90	I
Rhein-Hunsrück-Kreis	4,39	- 21,56	I
Bitburg-Prüm	4,32	- 21,84	I
Daun	4,49	- 23,31	I
Cochem-Zell	4,26	- 23,40	I
Pirmasens	4,22	- 25,33	I

1) Kein Mietspiegel im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe.

erster Linie um Hauseigentümer – hatten relativ große Wohnungen. Rund 65 % verfügten über 100 und mehr m² Wohnfläche. Wohnungen mit weniger als 80 m² finden sich in 14 % der Fälle. Allgemein stand Lastenzuschußempfängern mehr Wohnraum als Mietzuschußempfängern zur Verfügung. Als durchschnittliche Wohnfläche errechnen sich bei Mietzuschußempfängern 62 m², für Lastenzuschußempfänger 111 m². Die bei Eigentümern mit Wohngeld beobachtete Tendenz zu größeren Wohnungen ist unabhängig von der Haushaltsgröße, die den Wohnflächenbedarf zumindest nach unten hin begrenzt. Die Differenzierung der Wohnungsgrößen nach der Zahl der im Haushalt lebenden Personen liefert zwar grobe Durchschnittsergebnisse hinsichtlich des personenbezogenen Platzbedarfs, jedoch lösen Veränderungen in der Haushaltsgröße nicht zwingend Anpassungen in der Wohnungsnachfrage aus. Die Folge sind relativ breit gestreute Haushalts- wie personenspezifische Wohnflächen.

In vor 1948 fertiggestellten Altbauwohnungen lebten 26 % der Wohngeldbezieher. Rund 57 % der Wohngeldhaushalte belegten Wohnungen, die zwischen 1948 und 1977 gebaut worden sind und 17 % bewohnten Einheiten jüngerer Datums. Von den Altbauwohnungen hatten 14 % weder Sammelheizung noch Bad. Weitere 46 % waren entweder mit Sammelheizung oder mit Bad ausgestattet, und in 40 % der Fälle verfügten die Wohngeldhaushalte über beides. Mit abnehmendem Baualter steigt der Anteil der sowohl mit Sammelheizung als auch mit Bad ausgestatteten Wohnungen kontinuierlich. Wohnungen, die nach 1978 bezugsfertig wurden, weisen lediglich in 4 % der Fälle abweichende Ausstattungsmerkmale auf.

Regionale Wohnkostenunterschiede werden stärker
als bisher berücksichtigt

Im Jahre 1986 zahlten die Wohngeldempfänger in 15 % der Fälle weniger als 4 DM je Quadratmeter Wohnfläche, 38 % hatten zwischen 4 und 6 DM aufzubringen, drei Zehntel zahlten 6 bis 8 DM. Weitere 8,8 bzw. 8,1 % hatten Belastungen zwischen 8 und 10 DM bzw. mehr als 10 DM. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Quote der Wohngeldempfänger, die weniger als 5,50 DM je Quadratmeter zahlten. Der Anteil der Gruppe mit einer Belastung zwischen 5,50 und 6 DM blieb per Saldo annähernd unverändert, während alle höheren Wohnkostenklassen zunehmend stärker besetzt sind. Dabei hat sich tendenziell die Entwicklung der Jahre 1984 und 1985 fortgesetzt. Die Tendenz zu höheren Mieten dokumentiert sich auch im Anstieg der durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten je Quadratmeter Wohnfläche. Von 1984 bis 1986 stiegen die Mietaufwendungen von 5,32 DM über 5,53 auf 5,78 DM, während sich für Lastenzuschußempfänger Belastungen von 5,50 DM, 5,57 DM und 6,19 DM errechnen.

Wohngeldhaushalte, die als Hauptmieter frei finanzierte Wohnungen besaßen, zahlten mit einem monatlichen Quadratmeterpreis von 5,57 DM deutlich weniger als Bewohner öffentlich geförderten Wohnraumes, für die sich eine Durchschnittsmiete von 6,15 DM ergab. In

Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung 1986

Haushalts- größe	Ins- gesamt	Erwerbstätige				Arbeits- lose	Nichterwerbstätige				Nachrichtlich			
											vom Antragsteller und allen Familienmitgliedern wird		vom Antragsteller, aber nicht allen Familienmitgliedern wird	
		Selb- stän- dige	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter		Rentner	Pen- sionäre	Stu- denten	Son- stige	Sozial- hilfe	Kriegs- opfer- fürsorge	Sozial- hilfe	Kriegs- opfer- fürsorge
Empfänger von Wohngeld insgesamt														
1 Person	40 411	70	47	517	1 150	4 952	25 815	89	335	7 436	12 595	660	736	177
2 Personen	15 663	89	21	718	1 404	2 454	6 584	17	120	4 256	3 668	43	1 675	27
3 Personen	10 004	101	255	729	2 142	2 009	1 359	18	141	3 250	2 332	6	1 229	3
4 Personen	12 023	195	1 504	1 467	5 078	1 605	606	14	41	1 513	1 231	1	669	3
5 Personen	5 404	104	515	581	2 538	778	245	5	10	628	544	4	372	1
6 und mehr Personen	3 174	80	134	213	1 581	553	152	4	2	455	441	2	249	1
Insgesamt	86 679	639	2 476	4 225	13 893	12 351	34 761	147	649	17 538	20 811	716	4 930	212
Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch in DM														
1 Person	108	116	64	97	105	109	103	83	134	124	122	119	119	114
2 Personen	142	162	139	128	130	141	118	93	186	183	184	129	173	129
3 Personen	161	182	88	126	117	171	147	86	214	201	208	150	190	158
4 Personen	159	234	124	129	131	209	184	147	278	240	247	349	224	134
5 Personen	186	256	153	158	160	244	203	128	304	252	268	247	240	175
6 und mehr Personen	238	285	182	198	208	286	250	186	370	309	307	324	301	197
Insgesamt	137	213	129	132	141	155	110	95	173	172	157	122	188	118
Durchschnittliche monatliche Bruttoeinnahmen ¹⁾ in DM														
1 Person	861	821	1 151	1 113	963	739	945	1 217	575	624	714	1 274	825	1 348
2 Personen	1 216	1 215	1 561	1 644	1 447	1 073	1 345	1 748	1 131	951	936	1 579	1 051	1 672
3 Personen	1 641	1 568	2 489	2 216	2 154	1 361	1 713	2 365	1 379	1 258	1 212	1 889	1 360	1 578
4 Personen	2 591	2 043	3 102	3 131	2 933	1 699	2 100	2 600	1 755	1 649	1 549	2 530	1 712	2 328
5 Personen	2 981	2 303	3 636	3 660	3 354	1 929	2 449	3 258	1 724	1 946	1 841	2 202	2 054	1 898
6 und mehr Personen	3 459	3 016	4 374	4 412	3 924	2 498	3 139	3 232	2 380	2 486	2 352	3 607	2 664	6 139
Insgesamt	1 482	1 883	3 169	2 611	2 690	1 185	1 091	1 675	950	1 005	922	1 311	1 341	1 432

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 WoGG) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 WoGG).

dieser Differenz spiegeln sich neben unterschiedlichen Mietpreisbildungsprozessen und möglichen echten Kostenunterschieden auch verschiedene Ausstattungsqualitäten wider, da das Durchschnittsalter öffentlich geförderter Wohnungen niedriger ist als das freifinanzierter Einheiten. Differierende Mieten können auch das Ergebnis unterschiedlicher wohnflächenbezogener Herstellungskosten sein, da bei kleineren Wohnungen der Installationswert in Bezug auf die Wohnfläche höher und der Anteil der sogenannten Nutz- und Verkehrsfläche (Gemeinschaftseinrichtungen, Flure etc.) an der gesamten nutzbaren Fläche des Gebäudes größer ist. Die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen von Hauptmietern ist bei öffentlich geförderten Wohnungen kleiner als bei frei finanzierten Einheiten. Wohnungen ab 80 m² werden bei freier Finanzierung in 27 % der Fälle, gegenüber 18 % bei öffentlicher Förderung, von den Wohngeldhaushalten belegt. Ein weiterer Grund für die Abweichung liegt in der anders strukturierten räumlichen Verteilung der Wohneinheiten, da der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtbestand tendenziell mit dem regionalen Mietenniveau steigt.

Die Veränderungen spiegeln weder die Entwicklung der allgemeinen Preise für Wohnraum noch speziell die der Wohngeldempfänger wider. Verzerrend wirkt sich nämlich die unterschiedliche Struktur der Wohngeld beziehenden Haushalte im Vergleich zu den übrigen rheinland-pfälzischen Haushalten aus, die überdies in den Einzeljahren relativ starken Veränderungen unterliegt. Da 1986 beispielsweise verstärkt größere Familien mit entsprechender Wohnraumnachfrage Wohngeld beanspruchten, führte dies tendenziell auch zu höheren Durchschnittsmieten. Die Beobachtung dieser Veränderungen ist für die Anpassung der Wohngeldleistungen an die Situation der Wohngeldhaushalte von hohem Aussagewert.

Ebensolche Hinweise liefert die Entwicklung der Zahl der Wohngeldempfänger, die die anrechnungsfähigen Höchstbeträge für Miete bzw. Belastung überschreiten. Deren Anteil lag 1984 bei 49 %, stieg im darauffolgenden Jahr auf 53 % und sank als Folge der Anhebung und Neugliederung der Höchstbeträge durch die 6. Wohngeldnovelle auf 36 %. Aus der Differenzierung nach Miet-

**Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße, monatlichem Familieneinkommen,
Höhe des monatlichen Wohngeldes und durchschnittlichem monatlichen Wohngeldanspruch 1986**

Haushalts- größe	Monatliches Familien- einkommen 1)	Emp- fänger von Wohn- geld ins- gesamt	davon mit monatlichem Wohngeld von ... DM											Durch- schnitt- licher monat- licher Wohn- geldan- spruch am 31. 12.
			unter 25	25 – 50	50 – 75	75 – 100	100 – 150	150 – 200	200 – 250	250 – 300	300 – 400	400 und mehr		
			Anzahl											
Empfänger von Wohngeld														
Ein – Personen – Haushalte	Zusammen	40 411	764	5 774	6 900	6 893	11 089	5 930	2 329	591	139	2	108	
	bis 250 DM	767	–	22	67	74	190	171	130	83	30	–	164	
	250 – 500 DM	12 190	64	728	1 240	1 639	3 648	2 804	1 555	416	94	2	137	
	500 – 750 DM	15 229	198	1 711	2 213	2 979	4 856	2 620	559	80	13	–	109	
	750 – 1 000 DM	10 647	338	2 505	3 043	2 085	2 301	288	74	11	2	–	76	
	1 000 u. mehr DM	1 578	164	808	337	116	94	47	11	1	–	–	54	
Zwei – Personen – Haushalte	Zusammen	15 663	195	1 389	1 760	1 893	3 704	3 256	2 017	984	446	19	142	
	bis 500 DM	654	–	8	29	29	98	110	162	83	119	16	218	
	500 – 1 000 DM	9 321	60	354	586	841	2 082	2 443	1 736	891	325	3	166	
	1 000 – 1 500 DM	5 400	98	865	1 078	1 007	1 519	702	119	10	2	–	97	
	1 500 u. mehr DM	288	37	162	67	16	5	1	–	–	–	–	44	
Drei – Personen – Haushalte	Zusammen	10 004	77	916	957	1 006	1 978	1 848	1 452	953	735	82	161	
	bis 1 000 DM	4 144	14	79	127	210	581	843	844	701	664	81	214	
	1 000 – 1 500 DM	3 462	27	153	236	338	922	865	600	250	70	1	156	
	1 500 – 2 000 DM	2 281	36	598	579	456	467	134	8	2	1	–	78	
	2 000 u. mehr DM	117	–	86	15	2	8	6	–	–	–	–	50	
Vier – Personen – Haushalte	Zusammen	12 023	14	933	1 283	1 472	2 826	2 124	1 399	882	832	258	159	
	bis 1 000 DM	1 453	1	9	32	42	157	182	219	222	385	204	270	
	1 000 – 1 500 DM	2 251	4	58	63	82	307	391	461	428	403	54	223	
	1 500 – 2 000 DM	3 704	9	148	246	401	975	1 006	644	231	44	–	154	
	2 000 – 2 500 DM	4 146	–	496	775	869	1 385	545	75	1	–	–	101	
	2 500 u. mehr DM	469	–	222	167	78	2	–	–	–	–	–	54	
Fünf – Personen – Haushalte	Zusammen	5 404	3	273	443	484	1 108	970	813	554	532	224	186	
	bis 1 000 DM	556	–	7	13	23	59	72	65	77	133	107	282	
	1 000 – 1 500 DM	946	–	12	25	24	103	108	165	176	222	111	263	
	1 500 – 2 000 DM	1 300	3	38	60	77	214	272	272	189	169	6	198	
	2 000 – 2 500 DM	1 788	–	91	143	187	477	460	310	112	8	–	150	
	2 500 u. mehr DM	814	–	125	202	173	255	58	1	–	–	–	90	
Haushalte mit 6 und mehr Mitgliedern	Zusammen	3 174	–	66	149	219	503	521	444	396	492	384	238	
	bis 1 000 DM	330	–	–	4	7	27	35	42	38	64	113	342	
	1 000 – 2 000 DM	1 182	–	9	24	43	119	154	164	176	283	210	282	
	2 000 – 3 000 DM	1 408	–	31	76	118	291	303	226	171	139	53	196	
	3 000 – 4 000 DM	244	–	26	45	49	66	25	11	10	5	7	127	
	4 000 u. mehr DM	10	–	–	–	2	–	4	1	1	1	1	269	
Zusammen	Insgesamt	86 679	1 053	9 351	11 492	11 967	21 208	14 649	8 454	4 360	3 176	969	137	
	bis 250 DM	917	–	22	69	74	199	183	159	102	71	38	190	
	250 – 500 DM	12 923	64	736	1 270	1 671	3 750	2 929	1 717	519	228	39	142	
	500 – 750 DM	21 762	217	1 876	2 468	3 377	5 911	4 151	1 897	1 030	695	140	136	
	750 – 1 000 DM	19 689	394	2 789	3 547	2 807	4 139	2 305	1 613	951	835	309	128	
	1 000 – 1 500 DM	14 121	292	1 897	1 746	1 584	2 987	2 166	1 416	925	810	298	145	
	1 500 – 2 000 DM	8 271	86	954	969	976	1 738	1 514	1 028	538	384	84	145	
	2 000 – 3 000 DM	8 705	–	1 026	1 368	1 426	2 417	1 372	612	284	147	53	123	
	3 000 – 4 000 DM	281	–	51	55	50	67	25	11	10	5	7	116	
	4 000 u. mehr DM	10	–	–	–	2	–	4	1	1	1	1	269	
Empfänger von Mietzuschuß														
Zusammen		76 704	960	8 294	10 148	10 580	18 873	12 987	7 493	3 780	2 769	820	136	
Empfänger von Lastenzuschuß														
Zusammen		9 975	93	1 057	1 344	1 387	2 335	1 662	961	580	407	149	141	

1) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich der Beträge, die nach den §§ 12 – 17 WoGG abzusetzen sind.

und Lastenzuschußempfängern wird deutlich, daß sich diese Maßnahme insbesondere für die erstgenannte Gruppe allgemein günstig ausgewirkt hat. Hier verminderte sich der Anteil der Überschreitungen binnen Jahresfrist von 52 % auf ein Drittel. Bei Lastenzuschußempfängern liegt der Anteil der Überschreiter traditionell höher, was wesentlich auf die stärkere Bereitschaft zurückzuführen sein dürfte, höhere Wohnkostenbelastungen für den Eigenheimbau aufzubringen. Der Anteil der Überschreiter der Höchstbeträge ging im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 61 % zurück. Da sich in diesem Zeitraum der Kreis der Lastenzuschußempfänger mit einem Anstieg um 47 % ausgesprochen stark erhöht hat, ist zu vermuten, daß unter den hinzutretenden Lastenzuschußempfängern insbesondere Überschreiter der Höchstbeträge befinden.

Die bis 1985 bestehende Unterscheidung der förderungsfähigen Höchstbeträge für Wohngeldleistungen nach drei Gemeindegrößenklassen wurde durch eine neue Regelung abgelöst. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß sich regionale Mietunterschiede nicht allein von der Einwohnerzahl einer Gemeinde ableiten lassen. Nunmehr werden den Gemeinden fünf Mietstufen zugeordnet, die sich als durchschnittliche prozentuale Abweichung der Quadratmetermieten der Hauptmieter mit Wohngeld in der betreffenden Region von den Quadratmetermieten ergeben. Dabei umfaßt die Mietstufe I ein Mietenniveau, das mehr als 15 % vom Bundesdurchschnitt nach unten abweicht, Mietstufe II deckt die Spanne von – 15 % bis unter – 5 % ab. Es folgt als Stufe III der Bereich \pm 5 %, die Mietstufe IV reicht von + 5 % bis unter + 15 % und in die Mietstufe V werden Gemeinden eingeordnet, deren Mietenniveau um 15 % und mehr über dem Durchschnitt liegt. Die

Abweichungen werden nur für Städte ab 20 000 Einwohner einzeln berechnet, in kleineren Gemeinden werden sie für das jeweilige verbleibende Kreisgebiet zusammengefaßt ermittelt. Als Berechnungsbasis gelten zur Zeit die Werte aus der Wohngeldstatistik des Jahres 1984.

Die Mehrzahl der rheinland-pfälzischen Regionen weist ein unterdurchschnittliches Mietenniveau auf. Die Bandbreite der Abweichungen reicht von – 25,3 % im Landkreis Pirmasens bis + 18,3 % in der Landeshauptstadt Mainz. Die neben Mainz einwohnerstärksten Städte Koblenz und Ludwigshafen rangieren mit Abweichungen von – 1,2 bzw. – 2,9 % unter dem Mietenniveau, wie es sich für vergleichbaren Wohnraum im Bundesgebiet ergibt. In den übrigen 16 rheinland-pfälzischen Städten ab 20 000 Einwohner reicht die Spannweite von – 15,5 % in Idar-Oberstein bis + 3,9 % in Bad Kreuznach, wobei die mittlere Mietenstufe dominiert. In den anderen Kreisgebieten finden sich lediglich die beiden unteren Mietenstufen. Der Landkreis Mainz-Bingen (ohne die Städte Bingen und Ingelheim) reicht bis auf 6,5 % und damit am nächsten an das bundesdurchschnittliche Mietenniveau heran. Die Wohngeldhaushalte verteilen sich zu einem Viertel auf die Mietenstufe I, 34 % bzw. 35 % lassen sich den Stufen II bzw. III zuordnen. Stufe IV ist nicht besetzt, und auf die Mietenstufe V entfallen 6,4 %. Mit dem neuen System werden regionale Wohnkostenunterschiede zwar stärker als bisher berücksichtigt, aber nicht gänzlich eliminiert. Von der Umstellung profitieren diejenigen Wohngeldhaushalte besonders stark, die in Gemeinden mit hohem relativem Mietenniveau bei gleichzeitig hohen Wohnkostenbelastungen leben.

Diplom-Betriebswirt (FH) Klaus Jungbluth

Gewerbegründungen

Seit 1984 werden auf Veranlassung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr die Gewerbemeldungen statistisch aufbereitet und in einem Vierteljahres- bzw. Jahresbericht veröffentlicht. In einem früheren Beitrag dieser Reihe wurde über die Ergebnisse der Gewerbeanzeigen des Jahres 1984 berichtet ¹⁾.

Von den Gewerbeämtern in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 1986 insgesamt 15 520 Neugründungen gemeldet. Diese Zahl blieb geringfügig unter dem Wert der beiden Vorjahre (1985: 16 175, 1984 16 691). Allerdings ist dieses Ergebnis durch eine methodische Änderung des Erfassungszeitpunktes beeinflusst. Um möglichst aktuelle Werte liefern zu können, erfolgte eine Vorverlegung

des Aufbereitungsabschlusses. So steht dem Rückgang des Jahreswertes für 1986 ein starkes Plus im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber. Mit 4 607 Existenzgründungen wurde ein Ergebnis erzielt, das um 31 % über dem Wert des letzten Vierteljahres 1986 lag und in keinem Quartal des Vorjahres erreicht wurde. Insofern ist bei den Neugründungen die positive Entwicklung ungebrochen.

Über die Beschäftigungswirkung der Existenzgründungen sind nur pauschale Aussagen möglich, weil die Frage nach den voraussichtlich beschäftigten Arbeitnehmern nicht immer zutreffend beantwortet werden kann. Auf Grund der Angaben errechnen sich je Anmeldung 0,7 fremde Arbeitskräfte. In der Anfangsphase dominieren die Ein-Mann-Betriebe, insbesondere im Handels- und Dienstleistungssektor. Weiterhin ist zu

1) Ingo Hawliczek: Gewerbeanzeigen 1984. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 38, Heft 7, Juli 1985.

Gewerbean- und -abmeldungen nach Art des Betriebes und Quartalen 1985 und 1986

Art des Betriebes Vierteljahr	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1985		1986		Ver- ände- rung	1985		1986		Ver- ände- rung
	insgesamt	Anteil	insgesamt	Anteil		insgesamt	Anteil	insgesamt	Anteil	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Industrie	285	1,8	211	1,4	- 26,0	180	1,5	171	1,5	- 5,0
Produzierendes Handwerk	1 643	10,1	1 646	10,6	0,2	1 376	11,1	1 253	11,0	- 8,9
Handel	6 537	40,4	5 988	38,6	- 8,4	5 275	42,6	4 806	42,2	- 8,9
Sonstige	7 710	47,7	7 675	49,4	- 0,5	5 547	44,8	5 169	45,3	- 6,8
I n s g e s a m t	16 175	100,0	15 520	100,0	- 4,0	12 378	100,0	11 399	100,0	- 7,9
1. Vierteljahr	4 621	28,6	3 895	25,1	- 15,7	2 762	22,3	2 161	19,0	- 21,8
2. Vierteljahr	4 025	24,9	4 211	27,1	4,6	3 079	24,9	3 535	31,0	14,8
3. Vierteljahr	4 013	24,8	3 896	25,1	- 2,9	2 504	20,2	2 924	25,6	16,8
4. Vierteljahr	3 516	21,7	3 518	22,7	0,1	4 033	32,6	2 779	24,4	- 31,1

berücksichtigen, daß Gewerbeanmeldungen oftmals für eine nebenberufliche Tätigkeit erfolgen. Hier dürfte in aller Regel nur eine Person tätig werden.

Jede zweite Existenzgründung im Bezirk Rheinhessen-Pfalz

Auf den einwohnerstärksten Regierungsbezirk des Landes – Rheinhessen-Pfalz – entfielen 1986 mit knapp 52 % auch die meisten Neugründungen. Es folgen die Bezirke Koblenz und Trier mit gut 37 bzw. nahezu 11 %. Die entsprechenden Bevölkerungsanteile errechnen sich mit 50, 37 bzw. 13 %. In den vergangenen drei Jahren haben sich die Anteile der Neuerrichtungen kaum verändert. Auffallend ist, daß die Quote im Bezirk Koblenz von 39 (1984) auf 37,5 % abnahm, während sie sich im Regierungsbezirk Trier von 10,3 auf 10,8 % und in Rheinhessen-Pfalz von 50,7 auf 51,6 % erhöhte.

Landkreis Neuwied an erster Stelle

Bedingt durch die unterschiedliche Größe und Einwohnerzahl der zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise differiert die Zahl der Gewerbeanmeldungen sehr stark. Im Jahre 1986 reichte die Spanne von 813 Neugründungen im Landkreis Neuwied bis zu 111 in der Stadt Zweibrücken. Von allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken rangiert der Kreis Neuwied in den vergangenen drei Jahren jeweils an erster Stelle, es folgen 1986 der Westerwaldkreis (805) und der Bezirk Mainz-Bingen (767). Mainz, mit 189 000 Einwohnern größte Stadt des Landes, verzeichnete mit 734 Fällen die meisten Existenzgründungen der kreisfreien Städte. Es folgen die Städte Ludwigshafen (625), Kaiserslautern (496) und Koblenz (491).

Trotz des vornehmlich aus methodischen Gründen bedingten Rückgangs der Anmeldungen wiesen einige Städte und Kreise eine Steigerung gegenüber 1985 auf. Die höchste Zunahme ist mit 13,5 % im Kreis Südliche Weinstraße zu verzeichnen; zweistellige Steigerungsraten erzielten noch die Stadt Worms (12,3 %) sowie die Kreise Kusel (11 %) und Birkenfeld (10,8 %). In weiteren

sieben Verwaltungsbezirken registrierten die Gewerbeämter ebenfalls mehr Anmeldungen als im Vorjahr.

In dem relativ kurzfristigen Beobachtungszeitraum seit 1984 fällt auf, daß Steigerungen gegenüber den beiden Vorjahren nur in der Stadt Landau aufgetreten sind. Für 1985 konnte eine Ausweitung der Zahl der Anmeldungen um 5,6 % erreicht werden, 1986 waren es 4,8 %.

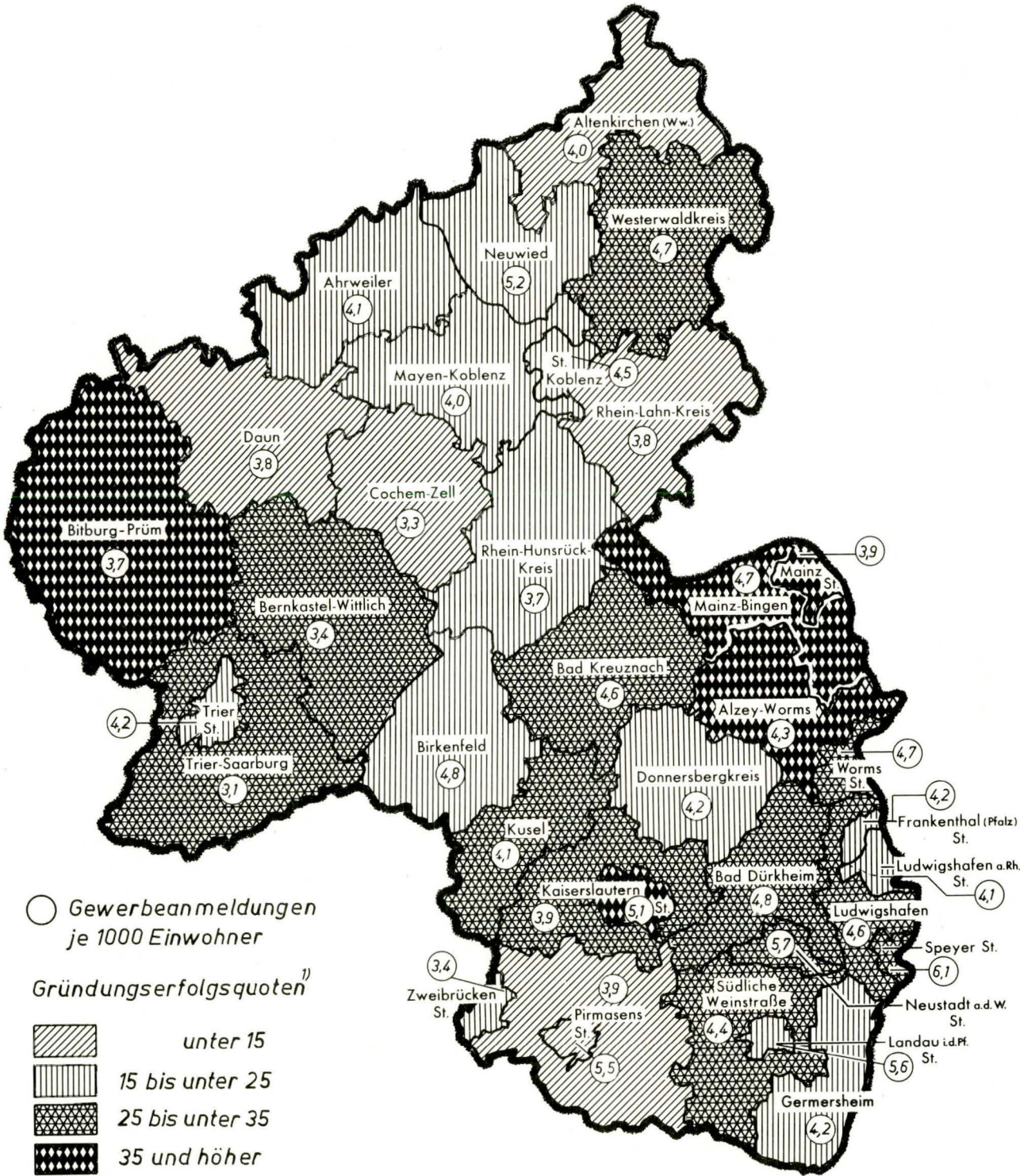
Hohe Quote der Neugründungen in Speyer

Für Vergleichszwecke bietet sich die Relation der Anmeldungen je 1 000 Einwohner an. Im Landesdurchschnitt errechnet sich 1986 mit 4,3 Existenzgründungen je 1 000 Einwohner ein etwas geringerer Wert als in den beiden Vorjahren (1985: 4,5, 1984: 4,6). Besonders gründungsfreudig scheinen die Einwohner der Stadt Speyer zu sein. In allen drei Jahren erreichten sie die höchste Quote, 1984 waren es 6,4, im folgenden Jahr 6,7 und 1986 6,1.

Aus diesen Ergebnissen läßt sich eine höhere Gründungsintensität für den südlichen Landesteil – und hier insbesondere für die Pfalz – ableiten als für den Norden. Im Jahr 1986 überschritt die Hälfte der 20 Verwaltungsbezirke von Rheinhessen-Pfalz den Landeswert von 4,3 Neugründungen je 1 000 Einwohner. Neben Speyer waren es insbesondere die Städte Neustadt (5,7), Landau (5,6), Pirmasens (5,5), Kaiserslautern (5,1) und der Kreis Bad Dürkheim (4,8). Der Regierungsbezirk Koblenz ist überdurchschnittlich vertreten durch die Kreise Neuwied (5,2), Birkenfeld (4,8), Westerwald (4,7), Bad Kreuznach (4,6) sowie die Stadt Koblenz (4,5). Im Bezirk Trier erreichte – wie in den beiden Vorjahren – kein Verwaltungsbezirk das Landesmittel.

Von den 36 Verwaltungsbezirken gelang es elf, in den Jahren 1984 bis 1986 jährlich den Landesdurchschnitt zu übertreffen, davon fünf pfälzischen Städten und einem Landkreis. Das Gegenteil traf für 14 Bezirke zu. Jährlich blieben auch die beiden einwohnerstärksten Städte Mainz und Ludwigshafen sowie die Stadt Zweibrücken unter dem Mittelwert. Aus dem Bezirk Rheinhessen-Pfalz zählen noch die strukturschwachen Kreise Kusel und Pirmasens dazu.

Gründungserfolgsquoten der Gewerbeanmeldungen sowie Anmeldungen je 1000 Einwohner 1986



Jede zweite Betriebsgründung ein beratendes bzw. vermittelndes Gewerbe

Bei der Aufgliederung der Existenzgründungen nach Art der gewerblichen Betätigung führen die sogenannten sonstigen Bereiche. Hierzu zählen insbesondere die beratenden und vermittelnden Gewerbe einschließlich des Sektors Dienstleistungen. Hier werden Leistungen in der Werbung, der EDV-Programmerstellung oder auch des Büroservices wie Schreibaarbeiten und Buchhaltung angeboten, ebenso die technischen Dienstleistungen wie technische Planungen, Statikberechnun-

Gewerbean-¹⁾ und -abmeldungen²⁾ nach Art der Niederlassung, Rechtsform des Unternehmens und Staatsangehörigkeit des Inhabers 1986

Berichtsmerkmal	Anmeldungen		Abmeldungen	
	1985	1986	1985	1986
Art der Niederlassung				
Selbständiger Betrieb	14 949	14 369	12 000	10 900
Zweigniederlassung	411	389	144	217
Unselbständige Zweigstelle	815	762	234	282
Rechtsformen des Unternehmens				
Einzelkaufmann	14 016	13 460	10 962	10 082
Mehrere natürliche Personen	429	325	234	194
OHG	48	35	45	36
KG	60	64	97	63
GmbH und Co.KG	175	180	131	124
GmbH	1 342	1 322	839	843
AG bzw. KG	27	22	10	19
Genossenschaft	8	6	5	7
Sonstige Rechtsform	70	106	55	31
Staatsangehörigkeit des Inhabers				
Frankreich	39	42	38	27
Belgien und Luxemburg	13	11	12	12
Niederlande	50	36	25	28
Italien	165	123	131	155
Großbritannien	62	41	24	25
Republik Irland	1	-	-	-
Dänemark	4	1	2	1
Griechenland	35	40	48	42
EG-Staaten zusammen	369	294	280	290
Norwegen	3	-	-	1
Schweden	4	6	4	1
Finnland	2	-	-	-
Schweiz	9	6	8	1
Österreich	69	50	45	50
Portugal	5	16	2	3
Spanien	8	6	2	2
Jugoslawien	35	33	33	32
Türkei	96	85	57	51
Polen	6	3	3	3
Tschechoslowakei	6	8	2	1
Ungarn	7	4	1	4
Rumänien	1	1	1	1
Bulgarien	1	2	-	1
USA	116	93	45	57
Kanada	3	-	-	1
Japan	-	1	1	-
Übrige	54	42	30	25
Ausländer insgesamt	794	650	514	524
Rheinland-Pfalz	16 175	15 520	12 378	11 399

1) Nur Neuerrichtungen. - 2) Nur vollständige Betriebsaufgaben.

gen, Körper- und Gesundheitspflege. Auf diesen sonstigen Bereich entfielen 50 % aller Neugründungen. Platz zwei nimmt der Handel (39 %) ein. Mit knapp 11 % erreicht das Handwerk noch ein zweistelliges Ergebnis, bei der Industrie sind es 1,4 %.

Überdurchschnittlich war der Dienstleistungsbereich im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit gut 51 % vertreten. Dies ist in erster Linie auf die kreisfreien Städte zurückzuführen, in denen Versicherungsagenturen, Gastgewerbe, Reinigungen und andere Dienstleistungsunternehmen häufiger anzutreffen sind als im ländlichen Bereich. Im Durchschnitt entfallen auf kreisfreie Städte für den Dienstleistungsbereich gut 54 % und auf Landkreise knapp 48 %. Spitzenreiter im Land sind die Großstädte Mainz und Ludwigshafen (je 58 %) sowie Koblenz und Kaiserslautern (je 57 %). Die niedrigsten Werte aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke weisen der Landkreis Kusel und die Stadt Pirmasens mit 38 bzw. 40 % auf. Von den zwölf kreisfreien Städten des Landes übertrafen zehn den Landesdurchschnitt. Außer Pirmasens bleibt nur noch Zweibrücken (47 %) unter diesem Wert. Bei den Landkreisen stellt sich das Verhältnis auf 7 zu 17. Die höchste Quote erreichten der Donnersbergkreis (55 %) und der Rhein-Hunsrück-Kreis (54 %), welcher als einziger Kreis des Bezirkes Koblenz über dem Landesmittel blieb. Auffallend ist, daß in diesem Regierungsbezirk Dienstleistungen und ähnliche Tätigkeiten in geringerem Maß angemeldet wurden als im Bezirk Trier (Verhältnis 47 zu 49). In den Kreisen Bad Kreuznach (41 %) und Birkenfeld (43 %) wurden extrem niedrige Werte erreicht.

5 700 Anmeldungen im Handel

Von den 15 520 Neugründungen entfielen 1986 insgesamt 5 731 oder 39 % auf den Handel. Die weitaus überwiegende Zahl betraf den Einzelhandel (72 %). Es folgen die Handelsvermittlung (20 %) und der Großhandel (8 %). Der Handel rechnet mit zu den klassischen Branchen, in denen der Sprung in die Selbständigkeit bevorzugt gewagt wird. Da in vielen Zweigen des Einzelhandels und des Großhandels die Firmen unter einem besonders erheblichen Wettbewerbsdruck stehen, scheiden diese Branchen hier aus. Die besten Geschäftsaussichten haben Firmen, denen es gelingt, spezielle Marktnischen aufzuspüren. Oftmals ist eine große Spezialisierung im Warenangebot erforderlich. Dabei braucht es sich nicht unbedingt um exklusive Produkte zu handeln, sondern durchaus auch um Artikel des täglichen Bedarfs.

Im nördlichen Landesteil wurden überdurchschnittlich viele Neugründungen im Handel vorgenommen. Nur ein Landkreis des Bezirks Koblenz (41 %) – der Rhein-Hunsrück-Kreis (36 %) – blieb unter dem Landesmittel, hier dominierte der Dienstleistungsbereich am stärksten von allen Kreisen des Bezirks. Verhältnismäßig wenig Chancen versprechen sich die Existenzgründer in den kreisfreien Städten von einer Handelstätigkeit. In den Großstädten lagen die Anmeldungen weit unter dem Durchschnitt. Nur die Städte Pirmasens (49 %) und Zweibrücken (41 %) durchbrachen diesen Trend. Daher erreichte auch der Bezirk Rheinhessen-Pfalz (37 %) – ebenso wie Trier (36 %) – nicht den Landeswert.

Gewerbeanmeldungen ¹⁾ nach Selbstständigkeitsgrad, Rechtsform und Wirtschaftszweigen 1986

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Selbstständigkeitsgrad			Rechtsform			
		selb- ständiger Gewerbe- betrieb	Zweig- nieder- lassung	unselb- ständige Zweig- stelle	Einzelunternehmen		Per- sonen- gesell- schaft	juri- stische Person
					ins- gesamt	darunter von Aus- ländern		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	340	336	2	2	327	20	5	8
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3	2	–	1	1	–	2	–
Bergbau	1	1	–	–	–	–	–	1
Verarbeitendes Gewerbe	1 404	1 294	38	72	1 091	46	69	244
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	7	6	–	1	1	–	1	5
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	12	12	–	–	3	–	1	8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas	70	60	–	10	48	–	6	16
Metallerzeugung und -bearbeitung	281	269	4	8	221	13	6	54
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, EDV-Geräte	219	198	9	12	143	–	19	57
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten usw.	188	170	7	11	139	2	9	40
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	171	161	3	7	128	3	12	31
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	253	241	5	7	231	23	7	15
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	203	177	10	16	177	5	8	18
Baugewerbe	795	755	13	27	600	23	38	157
Bauhauptgewerbe	474	452	6	16	337	18	27	110
Ausbaugewerbe	321	303	7	11	263	5	11	47
Handel	5 731	5 116	173	442	5 006	231	246	479
Großhandel	465	414	14	37	367	19	27	71
Handelsvermittlung	1 160	1 128	9	23	1 124	49	15	21
Einzelhandel	4 106	3 574	150	382	3 515	163	204	387
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	806	708	59	39	688	24	41	77
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 389	1 356	15	18	1 348	49	10	31
Dienstleistungsgewerbe	5 051	4 801	89	161	4 399	189	193	459
Gastgewerbe	740	717	9	14	691	80	18	31
Heime	10	10	–	–	8	–	–	2
Wäscherei, Körperpflege, Fotoatelier u. a. persönliche Dienstleistungen	1 243	1 167	29	47	1 150	35	24	69
Gebäudereinigungen, Abfallbeseitigung u. a. hygienische Einrichtungen	197	187	3	7	160	2	15	22
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	480	410	32	38	406	18	42	32
Verlagsgewerbe	90	87	–	3	70	4	8	12
Gesundheits- und Veterinärwesen	69	69	–	–	66	5	–	3
Rechts- und Steuerberatung, Werbung, Planung, Dienstleistungen für Unternehmen	1 586	1 547	6	33	1 383	38	36	167
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	636	607	10	19	465	7	50	121
I n s g e s a m t	15 520	14 369	389	762	13 460	582	604	1 456

1) Nur Neuerrichtungen.

Gewerbeanmeldungen ¹⁾ 1984 bis 1986 sowie Anteile der Wirtschaftsbereiche 1986
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1984	1985	1986	Zu- bzw. Abnahme gegenüber dem jeweiligen Vorjahr		Anteil der Wirtschaftsbereiche an den Gewerbeanmeldungen 1986			
				1985	1986	Industrie	Hand- werk	Handel	Sonstige
	Anzahl			%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	714	524	491	- 26,6	- 6,3	1,6	6,7	34,6	57,0
Landkreise									
Ahrweiler	476	478	459	0,4	- 4,0	1,3	9,4	40,7	48,6
Altenkirchen (Ww.)	511	476	483	- 6,8	1,5	3,7	10,1	40,0	46,2
Bad Kreuznach	664	694	666	4,5	- 4,0	1,4	11,4	46,2	41,0
Birkenfeld	390	369	409	- 5,4	10,8	3,2	9,5	44,5	42,8
Cochem-Zell	229	228	198	- 0,4	- 13,2	0,5	11,6	42,4	45,5
Mayen-Koblenz	858	807	731	- 5,9	- 9,4	1,5	11,1	40,2	47,2
Neuwied	903	888	813	- 1,7	- 8,4	2,7	8,5	41,8	47,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	377	387	327	2,7	- 15,5	1,2	9,2	36,1	53,5
Rhein-Lahn-Kreis	539	471	445	- 12,6	- 5,5	1,1	9,0	44,0	45,8
Westerwaldkreis	854	852	805	- 0,2	- 5,5	1,7	12,7	40,4	45,2
RB Koblenz	6 515	6 174	5 827	- 5,2	- 5,6	1,9	10,0	41,1	46,9
Kreisfreie Stadt Trier	370	415	392	12,2	- 5,5	0,8	9,7	38,3	51,3
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	374	362	360	- 3,2	- 0,6	2,5	14,2	36,1	47,2
Bitburg-Prüm	326	317	319	- 2,8	0,6	0,9	13,8	37,3	48,0
Daun	221	242	215	9,5	- 11,2	0,9	13,5	33,5	52,1
Trier-Saarburg	429	374	393	- 12,8	5,1	1,3	15,5	34,4	48,9
RB Trier	1 720	1 710	1 679	- 0,6	- 1,8	1,3	13,3	36,1	49,3
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	237	231	186	- 2,5	- 19,5	1,1	12,9	36,0	50,0
Kaiserslautern	526	569	496	8,2	- 12,8	1,2	8,3	33,7	56,9
Landau i. d. Pfalz	179	189	198	5,6	4,8	0,5	14,1	34,3	51,0
Ludwigshafen a. Rhein	678	674	625	- 0,6	- 7,3	1,0	11,0	30,2	57,8
Mainz	791	712	734	- 10,0	3,1	1,2	9,7	31,1	58,0
Neustadt a. d. Weinstr.	297	252	275	- 15,2	9,1	1,1	6,9	37,5	54,5
Pirmasens	257	268	252	4,3	- 6,0	1,2	10,3	48,8	39,7
Speyer	282	288	260	2,1	- 9,7	0,8	11,2	35,4	52,7
Worms	381	300	337	- 21,3	12,3	0,9	11,3	32,6	55,2
Zweibrücken	138	111	111	- 19,6	-	0,0	12,6	40,5	46,8
Landkreise									
Alzey-Worms	437	441	424	0,9	- 3,9	0,5	11,1	37,7	50,7
Bad Dürkheim	599	579	569	- 3,3	- 1,7	0,7	12,5	36,0	50,8
Donnersbergkreis	314	286	279	- 8,9	- 2,4	0,4	8,6	35,8	55,2
Germersheim	468	509	432	8,8	- 15,1	1,2	10,4	41,9	46,5
Kaiserslautern	424	431	365	1,7	- 15,3	0,3	13,2	38,6	47,9
Kusel	301	273	303	- 9,3	11,0	1,3	13,5	46,9	38,3
Südliche Weinstraße	389	371	421	- 4,6	13,5	0,7	8,6	45,1	45,6
Ludwigshafen	627	669	600	6,7	- 10,3	1,8	10,0	37,2	51,0
Mainz-Bingen	760	773	767	1,7	- 0,8	0,4	9,0	39,1	51,5
Pirmasens	371	365	380	- 1,6	4,1	2,4	10,0	39,7	47,9
RB Rheinhessen-Pfalz	8 456	8 291	8 014	- 2,0	- 3,3	1,0	10,5	37,2	51,3
Kammerbezirke									
Rheinhessen	2 369	2 226	2 262	- 6,0	1,6	0,8	9,9	35,3	54,0
Pfalz	6 087	6 065	5 752	- 0,4	- 5,2	1,1	10,7	38,0	50,3
Rheinland-Pfalz	16 691	16 175	15 520	- 3,1	- 4,0	1,4	10,6	38,6	49,5
Grenzregion									
Trier/Westpfalz	4 441	4 382	4 274	- 1,3	- 2,5	1,4	11,6	38,8	48,3
Kreisfreie Städte	4 850	4 533	4 357	- 6,5	- 3,9	1,1	9,9	34,7	54,4
Landkreise	11 841	11 642	11 163	- 1,7	- 4,1	1,5	10,9	40,1	47,5

1) Nur Neugründungen.

Gewerbebeanmeldungen ¹⁾ je 1 000 Einwohner, Abmeldungen und Gründungserfolgsquote
nach Verwaltungsbezirken 1984 – 1986

Verwaltungsbezirk	Anmeldungen je 1 000 Einwohner				Abmel- dungen	Saldo An- und Ab- meldungen	Gründungserfolgsquote	
	1984	1985	1986	1984 – 1986	1984 – 1986	1984 – 1986	1986	1984 – 1986
Kreisfreie Stadt Koblenz	6,4	4,7	4,5	5,2	1 196	533	22	31
Landkreise								
Ahrweiler	4,3	4,3	4,1	4,2	1 079	334	19	24
Altenkirchen (Ww.)	4,2	3,9	4,0	4,1	1 123	347	14	24
Bad Kreuznach	4,6	4,8	4,6	4,7	1 383	641	25	32
Birkenfeld	4,5	4,3	4,8	4,5	956	212	21	18
Cochem-Zell	3,8	3,8	3,3	3,7	588	67	- 8	10
Mayen-Koblenz	4,6	4,4	4,0	4,3	1 739	657	19	27
Neuwied	5,8	5,7	5,2	5,6	2 051	553	15	21
Rhein-Hunsrück-Kreis	4,2	4,3	3,7	4,1	752	339	23	31
Rhein-Lahn-Kreis	4,6	4,0	3,8	4,1	1 191	264	14	18
Westerwaldkreis	5,0	5,0	4,7	4,9	1 682	829	29	33
RB Koblenz	4,8	4,6	4,3	4,6	13 740	4 776	19	26
Kreisfreie Stadt Trier	3,9	4,4	4,2	4,2	841	336	17	29
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	3,5	3,4	3,4	3,4	750	346	30	32
Bitburg-Prüm	3,7	3,6	3,7	3,7	619	343	39	36
Daun	3,9	4,3	3,8	4,0	502	176	14	26
Trier-Saarburg	3,4	3,0	3,1	3,2	831	365	34	31
RB Trier	3,7	3,6	3,6	3,6	3 543	1 566	28	31
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	5,4	5,3	4,2	5,0	466	188	18	29
Kaiserslautern	5,4	5,8	5,1	5,4	1 035	556	35	35
Landau i. d. Pfalz	5,0	5,3	5,6	5,3	428	138	25	24
Ludwigshafen a. Rhein	4,4	4,4	4,1	4,3	1 307	670	30	34
Mainz	4,2	3,8	3,9	4,0	1 160	1 077	50	48
Neustadt a. d. Weinstr.	6,1	5,2	5,7	5,7	586	238	29	29
Pirmasens	5,5	5,8	5,5	5,6	631	146	10	19
Speyer	6,4	6,7	6,1	6,4	574	256	27	31
Worms	5,2	4,2	4,7	4,7	740	278	27	27
Zweibrücken	4,1	3,4	3,4	3,6	304	56	23	16
Landkreise								
Alzey-Worms	4,5	4,5	4,3	4,4	773	529	48	41
Bad Dürkheim	5,1	4,9	4,8	4,9	1 081	666	34	38
Donnersbergkreis	4,7	4,3	4,2	4,4	662	217	20	25
Germersheim	4,6	5,0	4,2	4,6	1 009	400	19	28
Kaiserslautern	4,5	4,6	3,9	4,3	778	442	29	36
Kusel	4,1	3,7	4,1	4,0	723	154	28	18
Südliche Weinstraße	4,1	3,9	4,4	4,1	795	386	33	33
Ludwigshafen	4,9	5,2	4,6	4,9	1 273	623	33	33
Mainz-Bingen	4,7	4,8	4,7	4,7	1 369	931	42	41
Pirmasens	3,8	3,7	3,9	3,8	886	230	13	21
RB Rheinhessen-Pfalz	4,7	4,6	4,5	4,6	16 580	8 181	32	33
Kammerbezirke								
Rheinhessen	4,6	4,3	4,3	4,4	4 042	2 815	44	41
Pfalz	4,7	4,7	4,5	4,7	12 538	5 366	27	30
Rheinland-Pfalz	4,6	4,5	4,3	4,5	33 863	14 523	27	30
Grenzregion								
Trier / Westpfalz	4,2	4,1	4,0	4,1	9 518	3 579	25	27
Kreisfreie Städte	5,0	4,7	4,5	4,7	9 268	4 472	29	33
Landkreise	4,5	4,4	4,2	4,4	24 595	10 051	26	29

1) Nur Neugründungen.

Handwerk im Regierungsbezirk Trier am stärksten vertreten

Etwa jede zehnte Neugründung betraf eine handwerkliche Tätigkeit (10,6 %), die in den Bezirken Koblenz (10 %) und Rheinhessen-Pfalz (10,5 %) leicht unterrepräsentiert ist, im Regierungsbezirk Trier dagegen überdurchschnittlich angemeldet wurde (13,3 %). In allen vier Landkreisen errechnen sich hier Quoten, wie sie in anderen Verwaltungsbezirken nicht oder nur gerade erreicht wurden. Eine Ausnahme bildet die Stadt Landau (14,1 %). Die handwerklichen Tätigkeiten dominierten im Kreis Trier-Saarburg (16 %) und in Bernkastel-Wittlich (gut 14 %). Mit nahezu 14 % erreichten auch Bitburg-Prüm und Daun dieses Ergebnis.

Zahlenmäßig unbedeutend ist der Bereich Industrie mit 211 Existenzgründungen oder einem Anteil von 1,4 %. Nur der Bezirk Koblenz liegt über dem Landesmittel (1,9 %). Die höchsten Quoten ergaben sich für die Landkreise Altenkirchen (3,7 %) und Birkenfeld (3,2 %).

Gründungserfolg regional sehr unterschiedlich

Die mit den Gewerbeanmeldungen verbundenen Wünsche und Hoffnungen lassen sich in vielen Fällen nicht realisieren, sei es, daß die Tätigkeit in einem Wirtschaftsbereich aufgenommen wurde, in dem es keine ausreichende Nachfrage gab, für den die notwendigen Qualifikationen nicht erbracht werden konnten oder das erforderliche Geschäftskapital nicht ausreichte. So mußten allein im Jahre 1986 insgesamt 757 Konkursverfahren von Erwerbsunternehmen eröffnet werden.

Den 15 520 Neugründungen standen 11 399 Betriebsaufgaben 1986 gegenüber. Damit ergibt sich ein Saldo von 4 121 Existenzgründungen. Auf 100 Neugründungen kamen 73 Abmeldungen. Umgekehrt ist festzustellen, daß sich je 100 Gewerbeanmeldungen auf Landesebene ein positiver Saldo von 27 errechnet. Diese Quote kann als Gründungserfolgsquote bezeichnet werden.

Die Wahrscheinlichkeit eines positiven Geschäftsverlaufs ist in den Regierungsbezirken Trier (28) und Rheinhessen-Pfalz (32) weitaus größer als im Bezirk Koblenz (19). Erheblich über dem Landes- und dem Bezirksdurchschnitt lagen die Ergebnisse der Stadt Mainz (50) sowie der Kreise Alzey-Worms (48) und Mainz-Bingen (42). Diese für das Jahr 1986 getroffene Feststellung gilt uneingeschränkt auch für die Jahre 1984 bis 1986. Damit erscheint die Landeshauptstadt und das Gebiet

der angrenzenden Kreise für Existenzgründungen besonders geeignet.

Über der Landesquote von 27 liegen in Rheinhessen-Pfalz elf Städte und Kreise, in Trier drei, in Koblenz nur der Westerwaldkreis (29). Etwas günstiger sieht es für den nördlichen Landesteil in dem Dreijahresvergleich aus. Hier überschritten neben dem Westerwaldkreis auch die Kreise Bad Kreuznach und Rhein-Hunsrück sowie die Stadt Koblenz den Landesmittelwert. Eine ungünstige Situation ergibt sich für den Landkreis Cochem-Zell. Als einziger Verwaltungsbezirk weist er eine negative Gründungsquote von -8 im Jahre 1986 auf, das heißt es erfolgten mehr Abmeldungen als Anmeldungen. Für den Zeitraum 1984 bis 1986 stellt sich die Quote auf 10, das niedrigste Ergebnis im Land.

Die Erfolgsaussichten der Neugründungen sind - gemessen an der Relation Anmeldungen bzw. Abmeldungen - in den einzelnen Wirtschaftsbranchen unterschiedlich. Am risikoreichsten sind die Bereiche Industrie und Handel. Beide Sparten bringen es 1986 auf einen Wert von 19. Diese Gründungserfolgsquote ist beim Handel in den kreisfreien Städten unterdurchschnittlich (17). Für die Stadt Landau errechnete sich sogar ein Wert von -7, noch ungünstiger war die Situation im vergangenen Jahr im Kreis Cochem-Zell mit einer Quote von -25. Unter den Regierungsbezirken ist beim Handel ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. Die größten Erfolgsaussichten sind in Rheinhessen-Pfalz und hier besonders in der Stadt Mainz (39) und den Kreisen Alzey-Worms (42) sowie Bad Dürkheim (38).

Ein Vergleich der Jahre 1984 bis 1986 zeigt zwar noch die Differenzen innerhalb der Bezirke, doch sind die Abstände der Gründungserfolgsquoten nicht mehr so gravierend (Land 29). Zwischen Rheinhessen-Pfalz (30), Trier (29) und Koblenz (27) ist nahezu kein Unterschied festzustellen.

Bessere Chancen waren 1986 im Handwerk festzustellen. Die Quote ergab im Landesmittel einen Wert von 24. Am günstigsten sah es für die Existenzgründer im Dienstleistungsbereich aus. Diese Branche brachte es auf eine Gründungserfolgsquote von 33. Der gleiche Wert errechnet sich für die Jahre 1984 bis 1986. Weit überdurchschnittliche Ergebnisse weisen Mainz (59), Alzey-Worms (53) und Mainz-Bingen (46) auf. Das Schlußlicht bilden die Kreise Cochem-Zell (-1) und Altenkirchen (8). Keine besonders günstigen Geschäftsaussichten zeigten sich 1986 auch in der Stadt Pirmasens (14) und im Landkreis Germersheim (16).

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Dialogauskünfte im Krankenhausrechnungswesen

Die Krankenhäuser sind durch die Krankenhausgesetzgebung zu einem kaufmännischen Rechnungswesen verpflichtet. Zur Abwicklung dieses Rechnungswesens setzen die dem Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes angeschlossenen Krankenhäuser die in Bund/Länder-Kooperation entwickelten Verfahren der Finanzbuchhaltung einschließlich der Debitorenbuchhaltung (FINK), der Kreditorenbuchhaltung

(KREK), der Anlagenbuchhaltung (MAIK), der Materialwirtschaft (MARK) und der Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK) ein. Die notwendige Erfassung und in gewissem Umfang Vorverarbeitung der Daten werden über eigene Rechner im Krankenhaus vorgenommen. Anschließend werden die Daten im Stapel per Leitung ins Rechenzentrum zur weiteren Verarbeitung übertragen. Die Verarbeitungsergebnisse werden den Kranken-

häusern zum Teil per Leitung, zum Teil in Listenform auf dem Bahnweg zur Verfügung gestellt.

Diese Abwicklung genügt nicht mehr den Anforderungen der Krankenhäuser hinsichtlich Aktualität der Daten und Form der Präsentation. Gemäß Krankenhaus-Neuordnungsgesetz (KHNG) vom 20. Dezember 1984 und Bundespflegesatzverordnung (BpflV) vom 21. August 1985 werden die Pflegesätze der Krankenhäuser, über die die Benutzerkosten finanziert werden, auf der Grundlage der vorkalkulierten Selbstkosten (Budget) vereinbart. Ein nachträglicher Ausgleich für Abweichungen der tatsächlich entstandenen von den vorkalkulierten Kosten ist nur in einem eng definierten Rahmen möglich. Im übrigen sollen Überschüsse dem Krankenhaus verbleiben, Verluste sind von ihm zu tragen.

Die Krankenhäuser haben also ein vitales Interesse daran, die Entwicklung der tatsächlichen im Vergleich zu den vereinbarten Kosten aktuell zu überwachen, um rechtzeitig eventuelle Fehlentwicklungen erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Dazu müssen sie jederzeit schnell und gezielt auf die in ihrem maschinellen Rechnungswesen gespeicherten Daten zugreifen können.

Zur Realisierung dieser Forderung wurden vom Statistischen Landesamt zum einen die Verfahren von sequentieller Dateiorganisation auf Datenbankform umgestellt, zum anderen die Stapelverarbeitungsverfahren um Dialogprogramme ergänzt. Diese Arbeiten werden im Rahmen der bundesweiten zentralen Verfahrens- und Programmpflege (ZVP) einheitlich für alle beteiligten Länder und den kirchlichen Bereich durchgeführt und von diesen Stellen gemeinsam finanziert. Die erste Ausbaustufe des Dialogsystems, eine Dialogauskunft über die Daten des Rechnungswesens¹⁾, befindet sich seit Mai 1986 im Stadtkrankenhaus Worms im Einsatz. Über die mit diesem Auskunftssystem allgemein eröffneten Möglichkeiten für das Krankenhaus und die ersten Erfahrungen bei der Anwendung im Stadtkrankenhaus Worms wird im folgenden berichtet.

Aktuellere Daten

Nach jedem turnusmäßigen Verarbeitungstermin eines Verfahrens stehen die aktualisierten Daten in einer Datenbank zu Auskunftszwecken bereit. Bei dem derzeit praktizierten Verarbeitungsrhythmus in der Finanzbuchhaltung werden beispielsweise jeweils montags und donnerstags die bis dahin angelieferten Buchungen verarbeitet. Spätestens am Morgen nach der Verarbeitung kann das Krankenhaus im Dialog auf die aktuellen offenen Posten der Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung, die Buchungen und Salden der Sachkonten der Hauptbuchhaltung sowie die nach Kostenstellen differenzierten Kostenarten zugreifen. Zeitverzögerungen, die durch den Versand der Verarbeitungsergebnisse vom Rechenzentrum zum Krankenhaus entstehen, werden weitgehend reduziert. Durch eine weitere Verkürzung des Verarbeitungsrhythmus läßt sich eine Tagesaktualität der Buchhaltung erreichen. Allerdings hängt

die Aktualität der Buchhaltung entscheidend von der Schnelligkeit der Datenbereitstellung für die maschinelle Verarbeitung durch das Krankenhaus ab. Hier sind ggf. ergänzende organisatorische Verbesserungen im Krankenhaus erforderlich.

Verbesserte kurzfristige Kostenkontrolle

Am augenfälligsten wird die verbesserte Aktualität im Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung. Mußte das Krankenhaus bisher auf die Verarbeitungsergebnisse aus dem Verfahren KOLK warten, bis der entsprechende Monats- bzw. Quartalsabschluß vom Krankenhaus gemeldet und die maschinelle Kostenverteilung durchgeführt ist, so besteht nun im Rahmen des Dialogsystems die Möglichkeit, jederzeit aktuell auf alle für eine kurzfristige Kostenkontrolle wichtigen Kostenrechnungsdaten gezielt im Dialog zugreifen zu können. Dies bezieht sich zum einen auf alle primären Kostenarten in den einzelnen Kostenstellen (aktueller kostenstellenmäßiger Stand aller Personal- und Sachkostenarten), zum anderen auf die sekundären Kostenarten, soweit sie im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung einer Kostenstelle belastet werden. Lediglich die im Rahmen der Umlagerechnung einer Kostenstelle belasteten sekundären Kostenarten stehen wie bisher erst nach dem jeweiligen Periodenabschluß zur Verfügung; diese Kosten dürften jedoch wegen ihrer geringen Beeinflußbarkeit für die aktuelle Kostenkontrolle der empfangenden Kostenstellen praktisch kaum eine Rolle spielen.

Schnellere Ad-hoc-Auswertungen

Auswertungen aus dem Rechnungswesen, die das Krankenhaus ad hoc benötigt, können im Rahmen des Dialogauskunftssystems in kürzester Zeit am Bildschirm bereitgestellt und als Hardcopy ausgedruckt werden. Benötigt die Krankenhausleitung oder der Krankenhaussträger zum Beispiel kurzfristig eine aktuelle Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung, so konnte diese Anforderung im bisherigen Arbeitsablauf praktisch nicht oder nur mit erheblichem Aufwand für das Rechenzentrum erfüllt werden. Notwendig war nämlich eine entsprechende Auswertungsanforderung an das Rechenzentrum, die erst bei der nächsten normalen Verarbeitung oder in einer eigenen Sonderverarbeitung erfüllt werden konnte. Durch die Dialogauskunft können Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung vom Krankenhaus innerhalb weniger Sekunden abgerufen werden.

Gezielte Datenbereitstellung

Stapelverarbeitungsverfahren stellen dem Benutzer ihre Verarbeitungsergebnisse in Form von zum Teil recht umfangreichen Listen zur Verfügung. Der Benutzer benötigt aber bei seiner täglichen Arbeit in den meisten Fällen nur einen kleinen Ausschnitt aus den bereitgestellten Daten. Er ist deshalb gezwungen, die für ihn jeweils erforderlichen Informationen aus den Listen herauszusuchen. Durch das Dialogauskunftssystem kann der Bearbeiter im Krankenhaus von der Benutzung umfangreicher Listen entlastet werden. Er hat nun die Möglichkeit, gezielt die ihn gerade interessierenden Daten am Bildschirm abzurufen. Dies können zum Beispiel die offenen Posten einer Krankenkasse, die Buchungen eines Sachkontos der Finanzbuchhaltung

1) W. Zanke: Dialogauskunftssystem für kommunale und staatliche Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 39. Jg., Heft 10, Oktober 1986.

oder der Medikamentenverbrauch einer Station in einem bestimmten Zeitraum sein.

Erfahrungen beim Einsatz im Stadtkrankenhaus Worms

Die neue Bundespflegesatzverordnung (BpflV) und die hiermit verbundene neue Systematik bei den Pflege-satzverhandlungen waren 1986 für das Stadtkrankenhaus Worms Anlaß zur Intensivierung der Kostenrechnung, um den Kriterien eines sparsam wirtschaftenden Krankenhauses gerecht zu werden.

Voraussetzung hierfür sind zum einen ein funktionierendes Rechnungswesen und zum anderen die dafür geeignete Datenverarbeitungsanlage, die aktuell die Zahlen der Buchhaltung bereitstellen kann.

Mit dem ersten Schritt in der Dialogverarbeitung, der Dialogauskunft, konnte die Effektivität der Finanz- und Betriebsbuchhaltung im Stadtkrankenhaus erheblich gesteigert werden. Den Krankenhausmitarbeitern werden hierdurch lange Wartezeiten für Listanforderungen, Listerstellungen und Bahnversand erspart, die Zahlen des Rechnungswesens können unmittelbar nach Verarbeitung im Rechenzentrum über das Datensichtgerät abgerufen werden.

Seit 1986 werden im Stadtkrankenhaus Worms Monatsabschlüsse erstellt und monatliche Budgetvorgaben im variablen Kostenbereich ausgewertet und analysiert. Hierfür mußten einige Grundvoraussetzungen geschaffen werden:

- (1) Zeitnahe Verbuchung aller Kosten und Erträge
- (2) Zeitnahe Erfassung aller Leistungen
- (3) Verteilung der Lagerausgaben nach Kostenarten und Kostenstellen
- (4) Rechnungsschreibung dreimal wöchentlich
- (5) Verkürzung der Verarbeitungszeiten beim Rechenzentrum
- (6) Periodengerechte Verteilung von Viertel-, Halb- oder Jahresrechnungen auf die Periode Monat (über den Verfahrensteil „Wiederkehrende Buchungen“)
- (7) Schätzung von Erstattungen und sonstigen Erlösen, monatliche Aufteilung von Abschreibungen und Sonderposten
- (8) Zugriff zu den aktuellen Daten über den Bildschirm.

Mit der Dialogauskunft ist es nunmehr möglich, die Monatsbilanz oder die Gewinn- und Verlustrechnung des Vierteljahres jederzeit am Bildschirm abzurufen bzw. als Hardcopy ausdrucken zu lassen. Der wesentliche Vorteil liegt darin, daß bei eventuellen Fehlern oder Differenzen im Monatsabschluß dies sofort erkannt und bereinigt werden kann. Leerzeiten durch Listversand per Bahn, Fehlerbereinigung und nochmalige Anforderung und Versand von Auswertungen entfallen und beschleunigen einen Abschluß um Tage oder sogar Wochen.

Die Aussagefähigkeit dieser kurzfristigen Erfolgsrechnungen ist für das Krankenhausedirektorium und den Träger eine Entscheidungsrichtlinie in bezug auf den Haushaltsplan, Budgetvorgaben, Kosten- oder sogar Leistungsbeschränkungen des laufenden Jahres.

Das neue Verfahren wird hauptsächlich in Verbindung mit KOLK genutzt und hier insbesondere für die Budgetkontrolle der als Planzahlen vorgegebenen variablen

Kosten des medizinischen Bedarfs und im Lebensmittelverbrauch. Ziel ist es, den Kostenstellenverantwortlichen die Verbrauchszahlen so schnell wie möglich zur Verfügung stellen zu können, damit diese eine Übersicht über den laufenden Verbrauch bzw. das noch verbleibende Budget ihrer Kostenstelle erhalten und entsprechend reagieren können. Sinnvoll ist es, bei Budgetbeschränkungen nach dem Konzept der Bundespflegesatzverordnung vorzugehen. Die genehmigten Budgetwerte können im Soll-Ist-Vergleich als Planwerte vorgegeben werden. Aus dem Dialog sind jederzeit die Sollzahlen in Gegenüberstellung zu den Istzahlen beliebiger Monats- oder kumulierter Werte (auch auf den Berechnungstag) ersichtlich. Um eine genaue Kontrolle zu erhalten, müssen diese Planwerte, vor allen Dingen bei den variablen Kosten, auf die einzelnen Kostenstellen verteilt und monatlich kontrolliert werden. Mit diesem System können über die Dialogauskunft die Budgetzahlen des Krankenhauses sofort bei Bedarf vorgelegt und ausgewertet werden.

Doch nicht nur in der Hauptbuchhaltung oder in der Betriebsabrechnung wird das neue Verfahren angewandt. Auch die Bereiche KREK (MARK wird in Worms noch installiert), MAIK oder Debitoren werden bei sofort benötigten Zahlen über den Dialog genutzt. Einer Krankenkasse oder einem Patienten kann beispielsweise sofort ein Kontoauszug mit den offenen Posten ausgedruckt werden.

Wie bei jedem neuen Verfahren wird von den Sachbearbeitern mit zunehmender Dauer der Dialog mehr und mehr in Anspruch genommen. Das Auswahlangebot bei der Dialogauskunft wird vom Statistischen Landesamt noch erweitert, was natürlich hier und da zu zeitweisen Beeinträchtigungen im Betriebsablauf beim Dialog führen kann. Verbesserungsfähig ist die Leitungsgeschwindigkeit und das damit verbundene Antwort-Zeit-Verhalten am Bildschirm.

Das Antwort-Zeit-Verhalten wird auch hauptentscheidend sein für den Erfolg der an die Dialogauskunft sich anschließenden zweiten Projektphase, der Dialogverarbeitung. Diese zum Ende des laufenden Jahres geplante Neuerung wird das Rechnungswesen eines Krankenhauses in die Lage versetzen, seine Zahlen optimal verarbeiten und aufbereiten zu können.

Durch die Budgetierung und die in diesem Vorgang sich widerspiegelnde Leistungsseite eines Krankenhauses ist der Informationsbedarf leitender Mitarbeiter des ärztlichen Dienstes enorm gestiegen. Damit die Verwaltung der daraus erwachsenden Verpflichtung nachkommen kann, sind Gedanken über eine Dialogisierung der Krankenhaus-Leistungsdaten, vom Pflage-tag bis zur Röntgenuntersuchung, angebracht. Insbesondere bei zeitlich wahlfreien Vergleichen ausgesuchter Faktoren, mit Vorjahreswerten, muß bislang noch mit umfangreichen Listauswertungen gearbeitet werden.

Ziel des Stadtkrankenhauses Worms ist eine EDV-Unterstützung mit den Vorteilen autonomer Lösungen – Sachbearbeitung am Bildschirm mit schnellem Zugriff auf alle Daten des Aufgabengebietes – und der Wirtschaftlichkeit zentraler Verfahrenspflege und Weiterentwicklung.

Verwaltungsdirektor Friedrich Habedank,
Stadtkrankenhaus Worms
Diplom-Volkswirt Wolfgang Zanke

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 619	3 612	3 611	3 611	3 610
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 914	1 901	1 541	3 369	2 538	1 344 ^p	1 854 ^p	2 944 ^p	2 725 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	5,2	11,0	8,6	4,4 ^p	6,2 ^p	9,6 ^p	9,2
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 908	3 098	3 002	3 083	3 090	3 094 ^p	2 986 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	10,1	10,1	10,4	10,1 ^p	10,1 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 492	3 374	3 465	3 938 ^p	3 489 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,8	11,0	11,7	12,8 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	36	25	31	32 ^p	29 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,9	8,8	12,4	8,2	10,3	10,3 ^p	9,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	- 490	- 291	- 375	- 844 ^p	- 503 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	- 1,7	- 0,9	- 1,3	- 2,8 ^p	- 1,7 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	5 767	5 413	6 313
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	5 921	5 078	6 159
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	- 154	335	154
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 457	10 379	9 304	9 697	9 945
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	118 076	111 377	112 971	131 605	116 238	107 029	104 386
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	62 929	57 543	56 604	76 289	62 513	55 625	52 878
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	.	.	7 191	14 026	.	.	6 500
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	.	.	38 506	47 238	.	.	36 954
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	8,2	7,7	7,8	9,2	8,1	7,5	7,3
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	7 489	8 039	8 114	9 091	8 865	8 847	9 100
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	566	798	.	.	659
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	2 702	2 840	.	.	3 048
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	15 408	11 214	6 473	20 425	14 970	9 900	7 639
Männer	Anzahl	11 179	8 689	11 791	8 028	4 566	17 103	11 836	7 471	5 815
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 279	14 792	16 020	14 681	13 805	15 195	14 737	14 302	14 647
* Rinder	t	4 753	4 937	5 162	4 756	4 063	5 048	4 764	4 468	4 377
* Kälber	t	31	30	31	31	26	31	49	27	30
* Schweine	t	9 384	9 712	10 718	9 785	9 624	10 012	9 769	9 686	10 111
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	84	91	88	76	80	88	82
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	94,6	94,9	95,5	95,7	93,6	94,7	95,3	95,7
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 614	2 612	2 610	2 586	2 588	2 585	2 583
* Beschäftigte	1 000	364	367	364	365	367	363	363	363	363
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	252	253	251	252	253	249	249	248	249
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 338	35 393	38 112	34 654	34 196	35 815	35 550	34 414	33 054
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 211	1 278	1 327	1 222	1 260	1 255	1 421
* Löhne	Mill. DM	727	760	700	755	768	704	721	727	810
* Gehälter	Mill. DM	516	547	511	523	559	518	539	528	611
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 016	1 021	1 010	1 040	980	970	965
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	7 288	6 571	6 948	7 133	7 041	6 778	6 811
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 716	2 371	2 455	2 611	2 559	2 424	2 498

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	102	106	105	95	105	106	109
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	103	106	105	101	106	107	108
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	102	107	106	99	105	107	108
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	110	111	102	107	111	113	114
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	90	105	101	55	85	92	92
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	119	118	117	121	121	126	125
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	97	101	108	89	98	101	106
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	98	95	110	88	92	102	118
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	95	108	100	87	98	99	96
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	98	104	95	96	101	100	100
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	79	81	64	83	74	74	63
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	103	106	94	112	106	95	111	105	111
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	91	103	102	52	94	97	117
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	275	443	403	419	401	398	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 294	2 485	2 044	1 852	2 489	2 153	2 162	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	776	865	867	867	670	897	747	752	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 893	1 620	1 586	2 011	1 784	1 808	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	358	338	281	222	246	468	347	342	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	.	.	93	91
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VJD 1976 = 100	138	146	.	.	145	117
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	61 075	61 683	63 469	57 147 ^p	59 455 ^p	60 681 ^p	61 915 ^p
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	30 861	30 761	35 860	28 746 ^p	30 293 ^p	30 849 ^p	34 715 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	14 772	15 959	12 905	13 689 ^p	14 529 ^p	15 401 ^p	12 816 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 897	7 109	7 963	7 355	8 013	4 459 ^p	7 109 ^p	7 169 ^p	8 578 ^p
Privater Bau	1 000	4 252	4 371	4 809	4 489	4 876	2 934 ^p	4 359 ^p	4 399 ^p	4 513 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 613	2 651	2 996	2 847	2 993	1 476 ^p	2 501 ^p	2 530 ^p	2 593 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	47	34	32	32	59	18 ^p	24 ^p	49 ^p	43 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 593	1 686	1 781	1 610	1 824	1 440 ^p	1 834 ^p	1 820 ^p	1 877 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 182	2 738	3 154	2 866	3 136	1 525 ^p	2 750 ^p	2 770 ^p	4 065 ^p
Hochbau	1 000	410	670	728	639	680	431 ^p	655 ^p	638 ^p	1 852 ^p
Tiefbau	1 000	2 645	2 068	2 426	2 227	2 456	1 094 ^p	2 095 ^p	2 132 ^p	2 213 ^p
Straßenbau	1 000	645	1 134	1 315	1 228	1 326	502 ^p	1 128 ^p	1 144 ^p	1 182 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	173	180	184	125 ^p	185 ^p	178 ^p	186 ^p
* Löhne	Mill. DM	137	146	145	152	155	97 ^p	156 ^p	148 ^p	154 ^p
* Gehälter	Mill. DM	29	30	27	28	29	28 ^p	29 ^p	30 ^p	32 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	431	447	586	298 ^p	398 ^p	494 ^p	498 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	966	841	981	849	925	814	825
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	692	564	731	718	756	681	680
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	228	231	216	98	138	109	111
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	46	46	34	33	31	24	34
* Umbauter Raum	1 000 m ³	751	720	905	800	907	734	874	762	765
* Wohnfläche	1 000 m ²	124	119	149	132	146	120	145	120	125
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	6 812	6 187	6 804	5 609	6 701	5 545	5 838
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	293	254	292	238	279	243	250
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	2	3	1	2	2	1	-
Unternehmen	Anzahl	107	120	68	107	155	157	113	103	127
Private Haushalte	Anzahl	601	621	896	731	825	690	810	710	698
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	157	174	183	181	133	157	157
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	638	658	483	764	1 353	427	593	614
* Nutzfläche	1 000 m ²	102	109	119	91	145	181	81	111	108
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	164	101	199	300	89	173	143
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	28	22	35	49	28	34	32
Unternehmen	Anzahl	123	127	123	148	142	126	102	118	123
Private Haushalte	Anzahl	3	5	6	4	6	6	3	5	2
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	1 577	1 426	1 495	1 175	1 413	1 211	1 289
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 780	2 300	2 529	2 545	2 583	2 450	2 454
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 269	1 300	1 484	1 281	1 368	1 384	1 483	1 350	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	229	196	199	194	233	207	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	62	52	54	50	64	44	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	361	310	351	346	354	331	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	25	24	29	24	24	24	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	238	226	226	227	238	216	...
Irland	Mill. DM	9	9	11	7	11	10	9	9	...
Italien	Mill. DM	215	221	269	211	230	252	261	243	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	196	181	191	191	207	190	...
Spanien	Mill. DM	47	63	77	64	65	72	77	72	...
Portugal	Mill. DM	12	13	17	11	12	18	16	16	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	192	159	185	171	168	160	...
Japan	Mill. DM	53	51	52	41	47	48	43	45	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	382	284	307	336	299	278	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	126	98	126	115	115	126	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 652	1 462	1 379	1 565	1 533	1 358	1 503
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	900	857	1 074	872	855	984	952	841	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	209	194	189	182	185	157	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	17	45	14	25	26	23	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	259	195	191	230	222	172	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	8	10	9	9	8	13	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	82	63	69	97	94	75	...
Irland	Mill. DM	6	5	6	6	3	2	3	3	...
Italien	Mill. DM	150	140	171	123	129	178	147	144	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	270	197	206	214	223	215	...
Spanien	Mill. DM	34	39	44	34	38	36	36	34	...
Portugal	Mill. DM	6	8	8	6	8	12	8	7	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	92	70	77	79	84	79	...
Japan	Mill. DM	59	69	52	86	49	67	86	84	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	174	189	163	163	169	141	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	53	44	40	44	44	36	...

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	93	94	94
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	114	112	107
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	96	95	95
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	129	117	118
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	101	105	105	110	106
Teilbeschäftigte	1980 = 100	109	115	113	120	113
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	108	125	119
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	125	130	123	148	144
Gaststättengewerbe	1980 = 100	98	101	98	110	103
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	367	576	537	275	396	575	...
* Ausländer	1 000	113	105	78	128	142	51	85	127	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	1 220	1 897	1 950	964	1 427	1 874	...
* Ausländer	1 000	349	342	221	367	441	161	260	365	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 800	1 593	1 626	1 563	1 651	1 555	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	1 115	1 032	1 013	876	1 019	963	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	20 436	16 849	16 671	19 132	20 779	18 134	16 831
Kraftträder	Anzahl	685	518	1 260	1 019	801	1 030	1 781	865	603
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	18 022	14 926	14 922	17 024	17 768	16 277	15 211
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	699	564	556	621	728	609	883
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	334	226	226	325	300	256	306
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 048	10 354	9 685	11 188	10 145	9 948	9 496	11 423	11 135
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	1 474	2 116	1 940	1 297	1 594	1 856	1 885
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	8 211	9 072	8 205	8 651	7 902	9 567	9 250
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	1 948	2 813	2 591	1 743	2 074	2 553	2 544
* Getötete	Anzahl	44	48	50	51	50	51	40	46	49
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	33	28	31	35	20	26	23
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	7	14	7	3	10	7	10
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	5	2	2	2	3	4
Fußgänger	Anzahl	8	8	7	3	9	5	8	6	8
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	573	892	779	459	566	753	722
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	277	406	354	287	244	393	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	166	277	238	41	163	177	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	37	106	96	29	72	64	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	77	83	65	85	74	105	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	76	82	72	82	91	83	84	100	65
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	43 344	37 522	44 503	74 415	73 970	40 068	20 608
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	-	-	-	-	2	-	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	737	805	778	709	535	584	688
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	7 840	6 672	5 074	4 532	3 681	3 639	5 419

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	80 843	81 039	81 805	82 115	82 521	82 656	82 986
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	78 974	79 157	79 973	80 218	80 612	80 720	81 052
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	15 285	15 187	15 737	14 627	14 631	14 414	14 585
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	14 837	14 776	15 170	14 224	14 105	13 933	14 212
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	448	411	567	403	525	481	373
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	8 194	8 128	8 045	7 482	7 444	7 401	7 385
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 844	6 820	6 782	6 384	6 405	6 380	3 353
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 350	1 308	1 263	1 098	1 038	1 021	1 032
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	55 495	55 843	56 190	58 109	58 537	58 905	59 082
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	44 771	45 025	45 471	47 598	47 868	48 117	48 425
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 724	10 818	10 719	10 511	10 670	10 788	10 657
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	70 295	70 819	70 760	75 092	75 330	76 676	76 487
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	9 234	9 469	9 517	9 628	10 020	10 697	10 599
* Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 086	25 357	25 250	26 756	26 641	27 297	27 112
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	35 974	35 993	35 994	38 707	38 668	38 682	38 777
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 678	1 846	1 839	1 370	1 391	1 720	1 583	1 586	1 570
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 779	1 352	1 389	1 644	1 621	1 572	1 475
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	730 081	1 361 836	1 546 849	1 452 022	818 678	1 389 907	1 708 569
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	391 081	922 310	1 222 011	1 120 981	430 552	926 274	1 355 778
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	461 481	813 140	529 983	449 303	480 128	861 533	566 920
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	—	353 147	—	—	—	348 043	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	— 83 307	— 49 575	351 555	360 474	— 67 343	— 31 095	387 053
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	10 034	8 575	18 515	10 374	17 528	13 968	13 704
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	2 873	150 170	321 958	300 830	239	81 868	388 101
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	—	155 844	—	—	—	75 812	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	339 000	439 526	324 838	331 041	388 126	463 633	352 791
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	182 352	266 127	191 253	192 294	226 373	320 669	235 624
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	156 648	173 399	133 585	138 747	161 753	142 964	117 167
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	111 028	107 113	126 031	150 303	110 445	125 542	144 117
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	9 340	10 049	9 238	8 409	11 955	12 280	9 712
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	98 905	93 970	113 924	137 149	96 050	109 998	132 357
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	92 978	108 253	87 173	82 127	81 024	114 767	79 931
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	— 1 811	38 907	1 648	4 284	5 677	43 082	3 054
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	70 285	49 672	61 430	54 021	55 993	47 919	51 686
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	4 928	6 133	7 063	5 368	5 025	6 359	6 400

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	549 219	507 992	.	.	518 792	466 186	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	.	.	8 465	6 423	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	.	.	104 957	79 466	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	.	.	351 061	332 443	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	.	.	35 041	36 642	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften									
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	524 128	810 543	868 336	865 241	571 439	828 377
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	167 178	417 622	531 155	499 757	184 318	400 854
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	220 357	285 698	211 150	215 182	252 286	301 367
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	443 425	726 654	785 149	812 883	470 206	731 022
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	165 497	414 441	532 124	498 584	182 689	398 126
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	159 385	203 850	165 852	232 173	182 103	217 515
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	832 834	814 965	.	.	769 906	768 690	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	342 503	304 361	.	.	298 732	282 434	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	.	.	303 443	352 513	.	.
Preise									
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	120,9	120,9	121,1	120,7	121,0	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,2	118,5	118,9	117,4	117,9	118,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	116,1	.	.	118,5	.
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	16,49	.	.	17,32	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	17,33	.	.	18,17	.	.
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	18,24	.	.	19,09	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	16,59	.	.	17,41	.	.
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	14,66	.	.	15,40	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	12,32	.	.	12,85	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	12,05	.	.	12,65	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	41,0	.	.	40,6	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	41,4	.	.	40,9	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	39,3	.	.	39,0	.	.
Angestellte									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	4 158	.	.	4 321	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	3 726	.	.	3 883	.	.
männlich	DM	4 309	4 495	4 434	.	.	4 623	.	.
weiblich	DM	2 822	2 946	2 900	.	.	3 029	.	.
* Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	4 536	.	.	4 701	.	.
männlich	DM	4 516	4 714	4 637	.	.	4 812	.	.
weiblich	DM	3 127	3 277	3 212	.	.	3 336	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 739	2 868	2 875	.	.	2 985	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 727	2 858	2 867	.	.	2 970	.	.
männlich	DM	3 301	3 452	3 462	.	.	3 581	.	.
weiblich	DM	2 270	2 373	2 382	.	.	2 449	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 007	61 017	61 029
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 388	31 001 ^r	21 388 ^p	25 194 ^p	52 715 ^r	15 362 ^p	21 898 ^p	29 759 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 846	52 164 ^r	48 244 ^p	54 969 ^p	51 136 ^r	48 231 ^p	53 007 ^p	51 103 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 ^r	70 639 ^p	61 442 ^p	55 328 ^r	56 251 ^p	62 651 ^p	56 392 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 ^r	-22 395 ^p	- 6 473 ^p	- 4 192 ^r	- 8 020 ^p	- 9 644 ^p	- 5 289 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 448	2 230	2 122	2 488	2 412	2 216	2 099
Männer	1 000	1 289	1 200	1 405	1 204	1 121	1 454	1 396	1 216	1 120
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	9,8	9,0	8,5	10,0	9,6	8,8	8,3
Offene Stellen	1 000	110	154	158	157	169	165	180	179	181
Kurzarbeiter	1 000	235	197	295	216	153	382	463	302	222
Männer	1 000	197	164	257	176	119	333	406	246	168
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	103	113	104	106	105	108	106
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	107	114	104	111	110	109	107
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	106	115	105	110	109	110	107
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	98	105	100	100	98	102	101
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	116	128	115	121	122	121	117
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	98	103	93	103	102	100	97
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	95	106	98	105	99	103	99
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	66	102	98	47	53	96	95
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 014	7 017	7 021	7 038	7 045	7 035	7 027
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	625	724	629	653	654	667	637
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	106 240	132 279	114 976	115 903	126 630	123 124	117 939
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	33 508	40 278	33 706	35 285	38 822	36 987	34 761
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	31 949	29 537	24 759	31 040	32 948 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 917	2 676	3 075	2 677	2 494	2 761	2 893	2 815	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	939	1 000	1 016	889	...	969 ^p	983 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	80	125	112	56	...	111 ^p	111 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	5 065	7 358	7 837	4 290	...	6 901 ^p	8 151 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	9 564	12 139	11 423	6 693	9 838	9 918	10 520
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	8 947	11 401	10 737	6 280	9 322	9 367	9 904
Wohnfläche	1 000 m ²	1 719	1 583	1 582	2 000	1 817	1 069	1 524	1 565	1 667
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 239	2 757	2 881	1 662	2 357	2 359	2 712
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	18 090	22 515	20 343	12 280	16 407	16 726	17 804
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	...	122,7	117,4	129,3 ^p	114,5 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	...	109,4	127,0

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	43 726	49 989	40 627	42 561	47 064	43 919	43 314
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	22 272	22 286	22 885	25 569	20 678	22 299	25 204	23 673	22 581
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	3 414	3 581	2 767	3 261	3 566	3 352	3 119
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	5 278	6 367	4 890	4 993	5 964	5 577	5 275
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	3 870	4 019	3 536	3 601	4 013	3 813	3 695
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	3 564	4 058	3 319	3 714	4 283	3 955	3 728
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	3 969	4 231	3 400	3 820	4 138	3 890	3 683
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	35 285	39 940	32 495	32 113	36 926	35 030	32 762
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	19 637	18 023	18 879	21 175	17 228	16 560	19 998	18 886	17 501
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	2 475	2 933	2 321	2 210	2 781	2 714	2 410
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	4 150	4 846	3 608	3 718	4 241	4 456	3 813
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	2 691	2 901	2 343	2 179	2 641	2 514	2 439
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	3 154	3 391	2 929	3 090	3 666	3 144	2 985
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	4 525	4 919	4 056	3 293	4 347	3 908	3 750
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 992	1 992	1 995	1 998	2 006	2 050	2 053	2 052	2 058 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 527	1 530	1 537	1 578	1 582	1 581	1 583 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	468	467	469	472	471	471	475 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 363	1 367	1 376	1 475	1 477	1 476	1 493 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	628	631	632	676	677	678	678 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	33 481	20 051	20 948	22 316	34 183	21 036	19 838
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	25 429	11 336	11 235	10 940	25 947	11 053	9 999
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	9 881	11 086	11 034	11 309	10 862	11 316	12 210
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	7 403	- 1 152	- 860	- 293	7 732	- 1 305	- 708
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	8 044	7 916	9 435	11 329	8 228	9 175	9 554
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	3 569	3 307	4 781	7 454	3 931	4 661	5 227
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 377	4 558	4 455	4 621	4 760	4 257	4 789
Zölle	Mill. DM	451	437	406	450	430	413	473	477	458
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	3 617	3 785	3 661	3 338	3 941	3 492	4 008
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	115,2	108,4	111,5	110,8	109,8	104,6	104,8	104,8	104,5 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	103,1	97,2	100,4	98,4	97,3	94,2	95,7	95,3	93,8 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	121,8	118,2	120,1	119,4	118,6	115,5	115,4	115,1	115,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	.	.	116,7	118,0	.	.	119,1
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,5	116,2	.	.	116,1	117,4	.	.	118,5
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	.	.	104,8	105,0	.	.	105,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	121,0	120,9	120,9	120,7	120,7	121,0	121,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	117,7	118,2	118,5	117,6	117,4	117,9	118,3
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	120,2	120,3	120,5	121,7	121,9	122,0	122,0
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	125,8	126,0	126,1	127,9	128,1	128,3	128,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	124,4	122,3	118,6	106,7	106,0	105,1	104,7
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	118,9	119,0	118,9	120,0	120,1	120,3	120,4
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,2	121,3	121,3	122,4	122,5	122,6	122,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	118,1	117,3	117,5	118,3	118,5	119,7	119,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	118,1	118,1	118,1	119,5	119,5	119,2	119,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	129,7	129,7	129,9	131,5	131,5	131,5	131,5

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen. – 4) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

144 Mill. DM Wohngeld

Am 1. Januar 1986 wurde das Sechste Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes wirksam. Die Höchstbeträge für die berücksichtigungsfähigen Wohnkosten wurden angehoben und regionale Mietunterschiede stärker als zuvor berücksichtigt. Die Staffelung der Miethöchstbeträge erfolgt in fünf Stufen nach dem tatsächlichen örtlichen Mietenniveau. Die Wohngeldförderung wurde an die geänderten Einkommensverhältnisse angepasst. Bei der Einkommensermittlung werden grundsätzlich die zu erwartenden Einnahmen des Bewilligungszeitraumes zugrunde gelegt, wobei zusätzliche Freibeträge für mitverdienende Kinder und für ältere Familienmitglieder abgezogen werden.

Ende des Jahres 1986 bezogen in Rheinland-Pfalz 86 679 Haushalte Wohngeld. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 23 %. Von den Wohngeldbeziehern erhielten 76 704 Haushalte einen Mietzuschuß und 9 975 einen Lastenzuschuß. Das an Mieter wie an Eigentümer gezahlte Wohngeld stieg damit binnen Jahresfrist um durchschnittlich 24 DM im Monat. Die Wohngeldausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Land getragen werden, beliefen sich im gesamten Jahr auf 144 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 37 %.

Im Dezember 1986 lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch bei 137 DM im Monat. Die an Mieterhaushalte gewährten Zuschüsse betrugen 136 DM, Eigentümerhaushalte erhielten im Schnitt 141 DM. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 193

Bessere Chancen für Existenzgründungen im südlichen Landesteil

Den im Jahre 1986 erfaßten 15 500 Gewerboneugründungen standen 11 400 Aufgaben von Betrieben gegenüber. Durch den positiven Saldo von 4 100 errechnet sich eine Gründungserfolgsquote auf Landesebene von 27 (das bedeutet, daß pro 100 Anmeldungen 27 Anmeldungen mehr als Abmeldungen notiert wurden). Dieser Wert wird in den Regierungsbezirken Rheinhessen-Pfalz (32) und Trier (28) übertroffen. Im nördlichen Landesteil waren die Geschäftsaussichten weniger günstig (19). Die gleiche Tendenz zeigt auch die Auswertung der Ergebnisse der Jahre 1984 und 1985. Die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Geschäftsverlaufs ist in der Stadt Mainz (50) und den sie umgebenden Kreisen Alzey-Worms (48) sowie Mainz-Bingen (42) am größten. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 199

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 8/87

Abgeschwächte Nachfrage im Zeitraum Januar bis Mai

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen von Januar bis Mai 1987 um 1,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die Inlandsnachfrage verringerte sich um 0,4 %, die Auslandsorder um 3,4 %. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe konnte eine leichte Zunahme von 0,7 % verzeichnen, wozu die Hersteller von Kunststoffwaren mit einer Steigerung von 8,6 % maßgeblich beitrugen. In den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes kam es zu Abnahmen zwischen 0,8 und 3,7 %. Während sich für die Chemie ein Anstieg von 1,1 % errechnet, kam es im Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte zu einem Rückgang von 11,4 %, in der Schuhindustrie um 14,3 %. fu

Im Mai wurde wieder mehr produziert

Die Produktion von Industrie und Handwerk war in Rheinland-Pfalz im Mai 1987 um 3,5 % höher als im Jahr zuvor. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe verzeichnete mit + 6,3 % die höchste Zunahme, die vor allem auf einen um 13 % höheren Produktionsausstoß des Maschinenbaus einschließlich ADV-Geräte zurückzuführen ist. Die übrigen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes erzielten Steigerungen zwischen 1,3 und 3,5 %. In der chemischen Industrie wurde um 6,7 %, in der Kunststoffwarenherstellung um 7,5 % mehr produziert als im gleichen Vorjahresmonat.

In den ersten fünf Monaten 1987 erhöhte sich die Produktion im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,2 %. Mit Ausnahme des Investitionsgütersektors (- 4,5 %) wurden in den anderen Bereichen Produktionszunahmen zwischen 1 und 2,8 % erzielt. fu

Höhere Umsätze in Industrie und Handwerk im Mai

Die Umsätze von Industrie und Handwerk erhöhten sich im Mai im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat nach ersten vorläufigen Berechnungen um 3,6 %, darunter die Exporte um 2,8 %. Kräftige Zunahmen verzeichneten die Schuhindustrie (+ 19 %), der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 11 %) und der Maschinenbau mit ADV-Geräten und -Einrichtungen (+ 9,5 %).

Von Januar bis Mai 1987 stiegen die Umsätze gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,6 %. Während die Inlandsumsätze um 2,4 % ausgeweitet wurden, waren die Exporte um 2,5 % rückläufig. hel

Niedrigere Umsätze im Einzelhandel bei unterschiedlicher Branchenentwicklung im ersten Quartal

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe lagen im März 1987 um rund 2,5 % unter dem Ergebnis des gleichen Vorjahresmonats. Steigerungen registrierten der Vertrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen, von Papierwaren und Druckerzeugnissen (je + 7,1 %), Einrichtungsgegenständen (+ 4,1 %) und elektrotechnischen Artikeln (+ 3,7 %). Vergleichsweise starke Einbußen verzeichneten der Kraftstoffhandel (- 16 %), was maßgeblich auf die Preisentwicklung zurückzuführen ist, sowie die Textilien- und Schuhfachgeschäfte (- 13 %).

Im ersten Vierteljahr 1987 gingen die Umsätze des Einzelhandels gegenüber den ersten drei Monaten 1986 um etwa 3 % zurück. Die Zahl der Beschäftigten lag um rund 0,5 % unter dem Vorjahresstand. pe

Warenverkehr mit Berlin (West) 1986 weiter expansiv

Im Jahre 1986 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft rund 297 000 t Waren nach Berlin (West). Das sind 8,2 % mehr als im Vorjahr. Aus Berlin (West) wurden 111 300 t Güter bezogen (+ 0,4 %). Der Transport der versandten und der empfangenen Artikel erfolgte ganz überwiegend (jeweils zu rund neun Zehnteln) mit Lastkraftwagen.

Nahezu ein Drittel der Lieferungen waren ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse. Es folgen Sammelsendungen (18 %), Eisen, Stahl und NE-Metalle (11 %) und chemische Produkte einschließlich Gummi und Asbest (9,6 %). Gegenüber 1985 stieg der Versand von Eisen bzw. Metallen um 42 %.

Unter den im Jahre 1986 aus Berlin (West) empfangenen Ladungen führten Sammelsendungen sowie Eisen, Stahl und NE-Metalle mit Anteilen von rund 31 bzw. 17 %. pe

Rheinland-pfälzische Warenlieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) machen das 3,5fache des Wertes der Güterbezüge aus

Rheinland-pfälzische Unternehmen lieferten im Jahre 1986 Waren im Wert von fast 290 Mill. DM in die DDR und nach Berlin (Ost). Das sind 4,6 % weniger als im Vorjahr. Nahezu 70 % davon waren chemische Güter, 9,3 % Erzeugnisse des Maschinenbaus. Gegenüber 1985 nahmen die Lieferungen von Maschinen um 120 % zu, die von chemischen Produkten um 17 % ab.

Aus der DDR und Berlin (Ost) wurden im Jahre 1986 für 81,6 Mill. DM Waren bezogen. 25 % waren chemische Güter, 24 % Textilien und 12 % Mineralölprodukte. Im Vergleich zum Vorjahr zeigten Erzeugnisse aus Mineralöl mit einem Plus von rund 130 % die stärkste Veränderung.

Im Jahre 1986 entsprachen die rheinland-pfälzischen Lieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) etwa dem 3,5fachen Wert der von dort bezogenen Waren. Diese Relation ist seit Jahren unverändert. pe

Güterumschlag in den Rhein- und Moselhäfen im April 1987

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen belief sich im April 1987 auf 2,7 Mill. t. Das sind 8,4 % weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Umschlagsleistung betraf zu 62 % den Güterempfang (- 8,3 %) und zu 38 % den Versand (- 8,6 %). Insgesamt wurden 2 615 Güterschiffe be- und entladen (- 7,4 %).

Ausschlaggebend für den Umschlagsrückgang waren Einbußen um 40 000 t bei Mineralölerzeugnissen (- 6,2 %) und um 160 000 t bei Steinen und Erden (- 12,5 %). Dagegen verzeichneten Eisen, Stahl und NE-Metalle (+ 6 000 t) sowie Düngemittel (+ 32 000 t) zunahmen, die Steigerungsraten von + 7,2 % bzw. + 20 % entsprechen. schm

Exporte in die westlichen Industriestaaten stiegen im Mai um fast 7 %

Im Mai 1987 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von mehr als 2,4 Mrd. DM aus. Davon gelangten über vier Fünftel in die westlichen Industriestaaten. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nahmen die Lieferungen insgesamt um 6,5 %, die in die westlichen Länder um 6,6 % zu.

Die Warenbezüge der EG-Staaten stiegen um 5,4 %, die der übrigen westlich orientierten europäischen Länder um 11 %. Unter den wichtigsten Partnern der Europäischen Gemeinschaft wurden die stärksten Steigerungen für die Exporte nach Italien (+ 15 %) und Frankreich (+ 6,7 %) ermittelt. Die für Großbritannien bestimmten Lieferungen gingen um 4,5 % zurück.

Relativ geringe Veränderungen errechneten sich für die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten und Kanada (+ 1 %) sowie nach den Entwicklungsländern (- 1,9 %). In die Staatshandelsländer wurden 29 % mehr Güter exportiert als im Mai 1986. pe

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| – = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

